

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes Christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Nr. 16.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Zimmer 4423.

Düsseldorf, 22. April 1911.

Redakteur: A. Gentmann, Düsseldorf, Corneliustr. 66. Expedition u. Druck von Joh. van Aken, Krefeld. Tel. Nr. 1358. Telegramm-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

13. Jahrg.

Was verdankt die deutsche Arbeiterschaft der christlichen Gewerkschaftsbewegung?

Ueber diese Frage sprach unlängst in einer Versammlung der Filiale des christlichen Holzarbeiterverbandes Düsseldorf Kollege Stegerwald vor einer zahlreichen Zuhörerschaft.

Der Redner legte einleitend die Grundlagen der christlichen und der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung kurz auseinander und präziserte dann in einigen Strichen den eigentlichen Zweck und das Wesen einer Gewerkschaft. Zum Thema führte er aus: „Durch die Gründung der christlichen Gewerkschaften hat

1) die gewerkschaftliche Agitation viel intensiver eingesetzt.

Wenn mehrere Richtungen in der Gewerkschaftsbewegung vorhanden sind, treibt eine die andere. Die sozialdemokratische Richtung hat uns zur außerordentlichen Anstrengung der Kräfte gedrängt, wie auch den sozialdemokratischen Gewerkschaften umgekehrt durch uns eine Anzahl agitatorischer Maßnahmen aufgezwungen wurden. Ihre christlichen Gewerkschaften wären jedenfalls heute in Deutschland $\frac{1}{2}$ — $\frac{3}{4}$ Million Arbeiter weniger gewerkschaftlich organisiert. Ferner ist durch die Konkurrenz der verschiedenen Richtungen der Durchbildung der Gewerkschaftsfunktionäre eine viel größere Sorgfalt zugewendet worden. Früher hat man die Tüchtigkeit der englischen Gewerkschaftsführer sehr stark gepriesen. Diese sind in ihren Kenntnissen vielfach von den deutschen Gewerkschaftsführern überholt. Der englische Gewerkschaftsführer findet sich sehr gut zurecht in seinem eigenen Berufe — in England bestehen 1100 Gewerkschaften, deren Rekrutierungsarbeit meist abgeschlossene Bezirke und Spezialberufe umfaßt — mit seinem sozialen und volkswirtschaftlichen Wissen reicht er im allgemeinen an den deutschen Gewerkschaftsfunktionär nicht heran.

Durch die christlichen Gewerkschaften wurden

2) außerordentlich viel Hindernisse in behördlichen und bürgerlichen Kreisen gegen die Gewerkschaftsbestrebungen ausgeräumt.

Dadurch, daß sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften von vornherein so enge miteinander verwachsen waren, war es den Gegnern der Gewerkschaftsbewegung ein leichtes, die revolutionären Ziele der Sozialdemokratie und die gerechtfertigten Bestrebungen der Gewerkschaften in einen Topf zu werfen. Dadurch wurden den Gewerkschaften Berge von Hindernissen aufgetürmt. In der Agitation geberdet sich ja die Sozialdemokratie, als ob sie die ganze Welt händigen könnte. Das ist Schaum- schlägerei! Gelegentlich des bayerischen und badischen Budgetstreites auf den sozialdemokratischen Parteitagen in Nürnberg und Magdeburg haben die Revisionisten die vollständige Ohnmacht der Sozialdemokratie offen dargelegt. 1889 hat man auf dem internationalen Sozialistenkongress in Paris den Vers geprägt: „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will.“ Damals hatten die Gewerkschaften in Deutschland noch nichts zu melden. Seitdem diese erstarkt sind, ist ihnen in vielen Fragen ihre Schwäche erst zum Bewußtsein gebracht worden. Ich vergesse nie das radikale Auftreten des Vorstehenden vom Buchbinderverband, Kloth, auf dem Kölner sozialdemokratischen Gewerkschaftskongress in Sachen der Waiseier und des Generalstreiks. 1906 kam dann für den Buchbinderverband eine verhängnisvolle Waiseier. Die Unternehmer betrachteten die Arbeitsruhe am 1. Mai als Tarifbruch und sperrten aus. Der Buchbinderverband war nach mehrmonatiger Aussperrung vollständig

kampfunfähig gemacht und bekam dann einen neuen für ihn sehr ungünstigen Tarifvertrag aufgezwängt. Auf dem Hamburger Gewerkschaftskongress 1908 gestand Kloth dann resigniert ein, daß er seine Anschauung über die Waiseier geändert habe. Auf der Geheimkonferenz der sozialdemokratischen Gewerkschaftsvorstände (Februar 1906) sagte Hue: „Nur wenige haben den Mut zu sagen was ist. Es muß gesagt werden in unserm Kreise, daß wir nicht zu scheinen wagen, was wir sind.“

In kritischen Situationen und wenn man unter sich ist, ist man sich seiner Schwäche in sozialdemokratischen Führerkreisen sehr wohl bewußt. Wie mars beim Ruhrbergarbeiterstreik 1905? Im Dezember 1904 und Januar 1905 führten Dortmund „Arbeiterzeitung“ und „Bergarbeiterzeitung“ eine blutrünstige revolutionäre Sprache. Als dann der Streik zur unrechten Zeit ausbrach und einen unbeabsichtigten Umfang annahm, war Holland in Not! Jetzt befürchtete man, daß wieder ähnlich wie 1889 die Bajonette eine Rolle spielen, die Vertrauensleute nicht wieder eingestellt und so der sozialdemokratische Bergarbeiterverband zerstückelt würde. Da kam man auf die Idee, den Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter an die Spitze der Bewegung zu schieben. Und nach dem Streik plauderte Leimpeters (Sozialistische Monatshefte 1905 Seite 929) offen aus, warum man das getan: „Was hätte sich wohl beim Bergarbeiterstreik ereignet, wenn die sozialdemokratischen Arbeiter ihn allein geführt hätten? Dann wäre der Säbel wohl nicht in der Scheide geblieben.“ Auch der letzte Bauarbeiterkampf hätte einen anderen Verlauf genommen, wenn nicht der christliche Bauarbeiterverband an ihm stark beteiligt gewesen wäre. Es ist nicht Zufall, daß die antisozialen Schanzmacher im Baugewerbe den christlichen Bauarbeiterverband mehr hassen als die sozialdemokratischen Organisationen. Der „Vorwärts“ und die übrigen sozialdemokratischen Zeitungen konnten während des Bauarbeiterkampfes schreiben, wozu sie Lust hatten; daran störten sich die Unternehmer nicht. So oft aber angesehene bürgerliche Blätter, so die „Kölnische Volkszeitung“, eine wichtigere Notiz brachten, wurde man im Unternehmerlager nervös. Man bilde sich doch nicht ein, daß von staatlichen Behörden zc. auf die Unternehmer der nicht sehr sanfte Druck ausgeübt worden wäre, wenn an dem Kampfe nur sozialdemokratische Organisationen beteiligt gewesen wären.

Das Schicksal der sogenannten Zuchthausvorlage von 1899 wäre sehr zweifelhaft geblieben, wenn nicht die christliche Arbeiterschaft auf der ganzen Linie entschieden dagegen Stellung genommen hätte; das Berufsvereinsgesetz von 1905/06 wäre längst in Wirksamkeit, wenn nicht die christlichen Gewerkschaften damals nachdrücklich gegen seine für die gewerkschaftliche Praxis äußerst gefährliche Fassung Stellung genommen hätten; das Arbeitskammergesetz — ohne Arbeitersekretärparagrafen — wäre längst verabschiedet und würde schließlich häufig gegen die Gewerkschaften ausgenützt werden, sofern nicht christliche Gewerkschaften vorhanden gewesen wären und sich entschieden dagegen gemeldet hätten. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften können auf Kongressen und Versammlungen den größten Krach machen. Das macht auf Regierung und gesetzgebende Körperschaften keinerlei Eindruck. Das weiß man auch in sozialdemokratischen Führerkreisen; deshalb sucht man in den letzten Jahren entgegen früheren Gepflogenheiten stets die christlichen Gewerkschaften zur Teilnahme an wichtigen Kongressen zu bestimmen. — In Westdeutschland hat sich die Tarifbewegung geradezu mit Riesenschritten durchgesetzt. Wie sah es noch vor 6—8 Jahren in Köln, Düsseldorf, Aachen, Duisburg, Essen, Bochum, Dortmund, Gelsenkirchen zc. im Holz- und Baugewerbe aus? Hier wurde eine gewaltig umwälzende Arbeit geleistet. Und unter sehr

starker Mitwirkung der christlichen Gewerkschaften. Deshalb wurde dann auch in Westdeutschland das Wort geprägt: die christlichen Gewerkschaften seien schlimmer als die sozialdemokratischen. Weiter wurden durch das Vorhandensein der christlichen Arbeiterbewegung im letzten Jahrzehnt

3) die schwerwiegendsten Pläne der Schanzmacher abgewehrt.

Ohne das Reichstagswahlrecht wäre es ausgeschlossen gewesen, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung insbesondere im letzten Jahrzehnt die von ihr durchlaufene Entwicklung hätte nehmen können. Und wie sieht es nach dieser Richtung hin aus? Die „Frankfurter Zeitung“ schrieb vor nicht langer Zeit (Nr. 165/06):

„Heute wird in Deutschland die Reichspolitik viel mehr durch die geringe Zahl kirchlicher Arbeiter beeinflusst, als durch die ganze sozialdemokratische Masse; . . . sie (die christlichen Arbeiter. D. B.) bilden die eigentliche Stütze des Reichstagswahlrechts.“

Das „Berliner Tageblatt“, das den christlichen Gewerkschaften alles eher als freundlich gegenübersteht, sagte in seiner Nummer 244/10 sehr richtig:

„Wohl hassen die Schlotjunker die Sozialdemokratie, die die Arbeiterschaft politisiert und die Hände „von ehedem zu einheitlichem Handeln zusammengefaßt“ hat. Aber inniger und herzhafter noch als die Sozialdemokratie hassen sie die christlichen Organisationen der Arbeiter. Denn die haben ihnen das Konzept des Kampfes gegen den „inneren Feind“ verdorben. Wie bequem und wirkungsvoll ließ sich der wirtschaftliche Kampf vormem doch auf politischem Gebiete führen! Die Sozialdemokratie „atheistisch, antinational und revolutionär“! Wie einfach ließ sich daraus der Begriff der „Ordnungsparteien“ ableiten. Wie überzeugend klang die biedere Forderung, gegen den „inneren Feind“ müßten alle zusammenstehen und um der staatlichen Ordnung willen hätten auch liberale Parteien die reaktionärsten Gesetze zu bewilligen! All das zieht nicht mehr, seit es starke christliche Organisationen gibt, die kirchlich, national und monarchisch gesinnt sind und die wirtschaftlichen Kämpfe gelegentlich doch Seite an Seite mit der Sozialdemokratie durchsetzen.“

Endlich wurde durch die christlichen Gewerkschaften

4) ein bestimmter Schutzwall gegen sozialdemokratischen Gesinnungsterrorismus aufgerichtet,

den christlich gesinnten Arbeitern erst Luft, Licht und Ellenbogenfreiheit in Betrieben verschafft. Wer ist es denn, der heute in der Öffentlichkeit und von der Parlamentstribüne herab den sozialdemokratischen Terrorismus geißelt und ihm dadurch bestimmte Schranken auferlegt? Ohne christliche Gewerkschaften konnte der Machtkittel bestimmter Elemente im sozialdemokratischen Lager keine Grenze.

Auch in nächster Zeit erwachsen den christlichen Gewerkschaften bedeutame Aufgaben. Gegenwärtig machen sich in der Tarifbewegung äußerst bemerkenswerte und ernste Tendenzen geltend und zwar:

a) ein großer Wirrwarr im sozialdemokratischen Lager

hinsichtlich der Beurteilung der Tarifverträge. Wir erleben gegenwärtig dort das Schauspiel, daß die Verbände in der Großindustrie (Bergbau, Metall- und Textilindustrie) um Tarifverträge kämpfen, während die Organisationen von handwerksmäßiger Berufen (Maler, Zimmerer, Holzarbeiter) das Tarifgebäude wieder zer schlagen wollen. Wenn der Zimmererverband im letzten Jahre bei der Bauarbeiterbewegung so viel Geld in der Kasse gehabt hätte, wie er Mangel daran hatte, hätte er die ganze Tarifbewegung des Baugewerbes wieder kaputt gemacht. Die Organe des Holzarbeiter- und Malerverbandes entschuldigten sich schon gleichsam vor den Massen, daß sie noch Tarifverträge abschließen. Man wolle es nur so lange tun, bis man über die

erforderliche Macht verfüge, um den Arbeitgebern die Bedingungen einseitig diktieren zu können. Man betrachte also den Tarifvertrag lediglich als Mittel zur Macht. Mit Macht ist indes auf die Dauer keine gewerbliche Ordnung, keine höhere Stufe gewerblicher Kultur herzustellen. Die christlichen Gewerkschaften werten die Tarifverträge anders. Sie sehen in den Tarifverträgen eine notwendige Folge unserer heutigen Wirtschaftsordnung. Bei der Berufs- und Betriebszählung 1907 wurde ermittelt, daß in 32 122 Großbetrieben (das sind solche, in denen mehr als 50 Personen tätig waren) 5 363 851 Personen beschäftigt waren. In Betrieben, die je mehr als 10 Personen beschäftigten, waren insgesamt 7 948 426 Personen tätig. Die Massenarmee kam ihre Lebensinteressen (Lohnhöhe, Arbeitszeit, Behandlung etc.) nicht den verhältnismäßig wenigen Betriebsleitern allein überantworten. Hier müssen für die gemeinsamen Interessen der Lohnarbeiter allgemeine Normen vereinbart werden, die durch Tarifverträge zweckentsprechend ausgebaut werden können. Die christlichen Gewerkschaften sehen sonach in den Tarifverträgen geeignete Mittel, durch die zu gleicher Zeit eine ruhige, solide, gewerbliche Entwicklung und ein schrittweises Aufsteigen der Lohnarbeiterklasse ermöglicht wird. Nach marxistisch-sozialistischer Auffassung dagegen will man im Rahmen der gegenwärtigen Verhältnisse gar keine gewerbliche Ordnung; man erstrebt vielmehr eine vollständig neue: die sozialistische Wirtschaftsordnung. Die sozialistischen Literatur befürchten, daß die Tarifbewegung von diesen Gedankengängen, vom revolutionären Sozialismus wegführt. Daher das ewige Mißtrauen gegen die Gewerkschaftsführer, daher die Aufspaltung der Massen gegen die angeblich revisionistischen Gewerkschaftsführer; daher das widerspruchsvolle Verhalten der sozialdemokratischen Gewerkschaften in der Tarifbewegung. Weiter gewinnen

b) die Monopolbestrebungen

in der Tarifbewegung immer mehr an Boden. Sie gipfelt darin, daß Arbeitgeber nur mehr Arbeiter beschäftigen dürfen, die bestimmten Verbänden angehören, während die Mitglieder dieser Verbände nur mehr bei organisierten Arbeitgebern Arbeit annehmen dürfen. Dazu kommt noch, daß man im steigenden Maße den Arbeitsnachweis als Bestandteil in die Tarife einbeziehen will. Diese Bestrebungen müssen die christlichen Gewerkschaften sehr genau verfolgen und ihnen gegenüber die Augen offen halten. Sonst wird schließlich der Arbeitsnachweis zum Monopol der sozialdemokratischen Mehrheitsorganisationen. Mit dem Schlagwort „paritätisch“ dürfen wir uns nicht blenden lassen. Den Arbeitgebern fehlen ja meist Zeit und Kräfte, um in diesen „paritätischen“ Arbeitsnachweisen eine einwandfreie Stellenvermittlungspraxis zu gewährleisten.

c) Drängen die Unternehmer immer mehr auf einheitliche Ablaufstermine der Tarife.

Im vergangenen Jahre liefen für 300 000 Bauarbeiter zu gleicher Zeit die Verträge ab. Das ist schließlich der Anfang der Entwicklung. Später werden wir für die Tarife der verschiedensten Berufe zu einheitlichen Ablaufsterminen gelangen. Dahin drängen schon die Arbeitgeberverbände. Diese Entwicklung kann durch die Gewerkschaftsbewegung verlangsamt werden. Ganz aufzuhalten ist sie kaum. Schließlich stehen dann an einem Tage eine Million und mehr Arbeiter vor Tarifkämpfen. Wir müssen daher nach Mitteln suchen, wie unter diesen schwierigen Umständen trotzdem noch Erfolge für die Arbeiter herauszuholen sind. Neben gefüllten Gewerkschaftskassen kommt es bei solchen Massenkämpfen auch auf den öffentlichen Einfluß der kämpfenden Parteien an. Nach sozialdemokratischer Methode, die sich im öffentlichen Leben außerhalb des Gegenwartskampfes, außerhalb der schaffenden Welt stellt, verhält man sich keinem gesellschaftlichen Einfluß.

Zum Schluß erörtert der Redner die Aufgaben, die aus dieser Situation den christlichen Gewerkschaften entstehen. Da sind zunächst die breitesten Arbeitermassen mit diesen Gedankengängen vertraut zu machen; weiter ist den sozialdemokratischen Gewerkschaften, die mit der Sozialdemokratie eins sein wollen, die doktrinaire, die gegenwärtige Arbeitergeneration schädigende Politik der Sozialdemokratie zur Last zu legen. Die agitatorischen Vorteile, die den sozialdemokratischen Gewerkschaften durch das Zusammenarbeiten mit der politischen Sozialdemokratie erwachsen, wegen dem mangelnden Einfluß nicht auf, der sich infolge der engen Verbundenheit für die sozialdemokratischen Gewerkschaften ergibt. Weiter müssen wir mit allem Nachdruck unsere Verbände stärken. Durch die christliche Arbeiterbewegung muß der blutrünstige sozialdemokratische Radikalismus einerseits und das antisoziale Schamhaftum im Arbeitgeberlager andererseits in Schach gehalten werden. Je mehr die christlichen Gewerkschaften Massenbewegung werden, um so besser gelingt ihnen diese Aufgabe als Regulator der deutschen Arbeiterbewegung.

Koloniale Baumwollzucht und Sozialdemokratie.

Wie sehr die Grundsätze der deutschen Sozialdemokratie manchmal mit den Interessen der Arbeiter kollidieren, tritt bei der Frage der Baumwollzucht in unseren afrikanischen Kolonien besonders deutlich in die Erscheinung.

Die Bestrebungen, durch Schaffung einer Eigenproduktion in Rohbaumwolle in den Kolonien den deutschen Verbrauch unabhängiger vom amerikanischen Markte zu machen und ihn von dessen wilden Preisjagereien zu befreien, sind für die Arbeiter des Textilgewerbes und vieler anderer Industrien von der allergrößten Bedeutung. Nun sollte man glauben, die deutschen Sozialdemokraten und ganz besonders der Verband „deutscher“ Textilarbeiter würden mit Freuden die Gelegenheit wahrnehmen, um die Interessen der Arbeiter in dieser Sache zu vertreten, inwiefern sie sich immer geberden, als ob nur in ihren Händen des schlichten Mannes Wohl am besten gewahrt läge. Aber weit gefehlt; wohl möchten sie anscheinend, wenn nicht die famosen sozialdemokratischen Grundsätze hindernd im Wege stünden und eine entschiedene vernünftige Tat mit der „alten, brüchigen Agitationschablone“ in Einklang zu bringen wäre. Darum werden die armen Genossen von ihren unsinnigen Grundsätzen einerseits und den Bedürfnissen des praktischen Lebens andererseits hin und her gezogen und in die tollsten Widersprüche verwickelt, wenn sie nicht den Mut der konsequenten Vertretung ihres Allwertprogramms finden. Wenn dann nichts anderes mehr helfen kann, täuschen sie die Arbeiter über die zwiespaltige Situation mit einigen nichts sagenden Redensarten und radikalen Phrasen hinweg.

Die Sozialdemokratie ist grundsätzlich gegen die Kolonialpolitik; sie verweigert aus grundsätzlichen Gesichtspunkten heraus dem Staate „jeden Mann und jeden Groschen“ zum Erwerb „neuer“ und zum Fortbestand „alter“ Kolonien. Das ist der konsequente Standpunkt der Sozialdemokraten in ihrer Stellung zur heutigen Staats- und Regierungsform überhaupt. Der Abgeordnete Ledebour sagte unlängst im Reichstage bei der Behandlung kolonialer Fragen ganz stolz: „Wir verwerfen grundsätzlich die Kolonialpolitik.“ Er sieht in ihr nur „die Ausbeutung fremder Völker zum Zwecke der Bereicherung des eigenen Volkes.“ Legien findet es für selbstverständlich, daß die „deutsche Arbeitererschaft“ es ablehnt, die deutsche Kolonialpolitik „direkt oder indirekt zu unterstützen.“ Denn die Frage sei eine rein politische. Die Kolonialpolitik Deutschlands würde nicht von wirtschaftlichen, sondern von imperialistischen (zur Ausdehnung der Herrschaft D. R. d. L.-Z.) Gesichtspunkten aus betrieben. Dieser Stellungnahme entsprechend ist bis vor kurzem die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsvertretung gewesen.

Damit können nun aber die wichtigen Fragen für die Arbeitererschaft der deutschen Baumwollindustrie und des deutschen Volkes überhaupt unmöglich einer Lösung entgegen geführt werden. Vielmehr zeigt sich, daß durch ihr Festhalten an ihren Theorien und Grundsätzen die deutsche Sozialdemokratie auch in diesen Dingen die Interessen der Arbeiter ganz und gar über den Haufen sößt. Außer in „geimungstüchtigen“ Kreisen der Gewerkschaften besteht heute ein Zweifel darüber wohl nicht mehr, daß eine durchgreifende Besserung der deutschen Baumwollindustrieverhältnisse nur mit Unterstützung unserer überseeischen Kolonien möglich ist. Der revisionistische Genosse Hilbrand schrieb im vorigen Jahre in den „Sozialistischen Monatsheften“ über die Baumwollfrage u. a. folgendes: „Wollen wir, daß die deutsche Arbeitererschaft in 30 Jahren reichlicher gekleidet ist, als heute, so heißt das, daß wir dann nicht zwei, sondern vier Millionen Ballen Baumwolle gebrauchen, und daß wir wahrscheinlich mehr als den vierten Teil aus unseren Kolonien bekommen oder garnicht bekommen. Wer innerhalb der deutschen Sozialdemokratie diese Prophezeiung widerlegen zu können glaubt, soll es tun.“

Nun fällt es zwar keinem in der Sozialdemokratie ein, diese Behauptung Hilbrands zu widerlegen; es ist nur die „alte, brüchige Agitationschablone“, wie Hilbrand bei derselben Gelegenheit sagt, die sie hindert, die Augen aufzutun. Sollte die Partei dauernd mit der bisherigen Gleichgültigkeit an dem Ersatze der Baumwollfrage vorübergehen, so würde sie sich, wenn nicht dem Vorwurfe der Fahrlässigkeit, so dem des Mangels an Mut ansiehe.

Mangel an Mut, die für die Bedürfnisse des praktischen Lebens durchaus unbrauchbaren und schädlichen Theorien beiseite zu setzen und mit der alten, auf die Agitation unter wenig denkenden Arbeitern berechneten radikalen Schablone zu brechen, ist es wohl, was die Sozialdemokraten einfach unfähig macht, für die behaupteten Interessen der Textilarbeiter in vernünftiger Weise zu handeln, trotzdem sie einsehen, daß die Förderung der Baumwollzucht in unseren überseeischen Kolonien eine Lebensfrage für die heimische Industrie und die heimische Arbeitererschaft ist. Der „Vorwärts“, das Zentralorgan der deutschen Genossen, schrieb am 13. Oktober 1903:

„Wir sind durchaus Gegner der Kolonialpolitik, stehen aber den in Afrika betriebenen Versuchen, dort die Baumwollkultur einzuführen, sympathisch gegenüber. Das Baumwollmonopol, das die Vereinigten Staaten von Amerika immer noch besitzen, führt dort in jedem Jahre zur Bildung von Spekulationsringen und schamlosen Preistreibern, welche fast regelmäßig anhaltende Störungen in der englischen, französischen und deutschen Baumwollindustrie nach sich ziehen. Könnte dieses Monopol Amerikas und damit der dortigen Baumwollkönige durchbrochen werden, so würde das für die gesamte Baumwollindustrie ein großer Vorteil sein.“

Die ganze Unsinnigkeit der sozialdemokratischen „Politik der Grundsätze“ und ihrer „alten, brüchigen Agitationschablone“ kommt hierin zum Ausdruck. Die Sozialdemokratie erkennt die ungeheure Schwierigkeit an, in der sich die deutsche Baumwollindustrie damals schon befand, erkennt an, daß unserem deutschen Volke durch die schamlosen Preistreibern der amerikanischen Baumwollkönige unzählige Millionen verloren gehen, erkennt an, daß eine koloniale Baumwollkultur für die Industrie von großem Vorteile sei, der „Vorwärts“ steht der kolonialen Baumwollzucht sympathisch gegenüber, aber — die Sozialdemokratie ist Gegnerin der Kolonialpolitik, gewährt dem Staate „keinen Mann und keinen Groschen“ für die Kolonien, von Programmen wegen nicht. Mag die deutsche Industrie zugrunde gehen, mögen die amerikanischen Baumwollkönige weiter in schamloser Weise die Taschen des deutschen Volkes plündern. Im Jahre 1908 noch hat die Sozialdemokratie im Reichstage unter den unmöglichsten Vorwänden gegen eine Unterstützung des „Kolonialwirtschaftlichen Komitees“ durch das Reich gearbeitet.

Noch viel sonderbarer benimmt sich Herr Legien, der Vorsitzende der Generalkommission der „freien“ Gewerkschaften Deutschlands, ein Mann der Praxis, der oft genug die ganze Berrücktheit mancher sozialdemokratischen Grundsätze erfahren und gegen sie gewettert hat. Er schreibt in einem Briefe an Dr. Lochmüller, der ihn über die Beteiligung der Arbeitererschaft an den kolonialen Baumwollbaubestrebungen gefragt hatte, u. a. also:

„Es ist nicht zu verkennen, daß die Eröffnung neuer Bezugsquellen für Baumwolle und die Unabhängigmachung der europäischen Textilindustrie von der amerikanischen Baumwollproduktion für die deutsche Industrie von großer Bedeutung ist. Auch die Arbeitererschaft, besonders in der Textilindustrie, hat hieran ein Interesse. Erreicht kann, wie Sie in Ihrem Schreiben sagen, dieses Ziel nur in Verbindung mit der deutschen Kolonialpolitik werden. Dadurch verliert auch diese Frage ihren rein wirtschaftlichen Charakter. Sie wird zu einer politischen und, nach den bestehenden Verhältnissen, für Deutschland zu einer parteipolitischen Frage. . . . Die Kolonialpolitik Deutschlands wird nicht von wirtschaftlichen, sondern von imperialistischen Gesichtspunkten aus betrieben. . . . Man kann es deshalb der Arbeitererschaft nicht verübeln, wenn sie es ablehnt, direkt oder indirekt eine solche Kolonialpolitik zu unterstützen.“

Dr. Lochmüller sagt hierzu, es sei interessant, zu sehen, mit welcher diplomatischen Finesse Herr Legien es verstanden habe, die Frage auf das politische Gebiet hinüberzuschieben und mit Hilfe unhaltbarer Behauptungen eine Beteiligung der Arbeitererschaft abzulehnen. Gewiß, Herr Legien hat es verstanden, mit „diplomatischer Finesse“ die ganze Brüchigkeit der „alten Agitationschablone“ und der Unbrauchbarkeit der „Grundsätze“ der Sozialdemokratie für das praktische Leben zu verdecken und zu beschönigen. Legien spielt die Frage absichtlich auf das politische und parteipolitische Gebiet hinüber, um die arbeiterschädigende und arbeiterscheißende Stellung der Sozialdemokratie in diesem Punkte zu entschuldigen. Bei denkenden Leuten wird er aber damit einen sehr schlechten Eindruck machen. Denn die Schwierigkeit der Lage für die Textilarbeiter anerkennen, anerkennen, daß sie nur durch die Kolonialpolitik gehoben werden kann und dennoch aus parteipolitischen Gründen jede Unterstützung verweigern, daß mag mit Arbeiterinteressenvertretung in Verbindung bringen wollen wer kann. Wir sind dazu nicht imstande.

Ein Schulbeispiel sozialdemokratischer Verheugung und Tatsachenverrentung in der Frage der kolonialen Baumwollzucht liefern die „Leipziger Volkszeitung“ und der in der gleichen Richtung sich bewegende „Textilarbeiter“, das Organ des deutschen Verbandes. Darüber in einem besonderen Artikel.

Die Heilbehandlung in der Invalidenversicherung und ihre Erfolge.

Man sieht vielfach, und wohl nicht mit Unrecht, den Wert unserer deutschen Invalidenversicherung vornehmlich in ihrer Einrichtung der Heilbehandlung. Tausende von erkrankten Personen sind durch sie noch auf viele Jahre hin ihren Familien und der deutschen Volkswirtschaft erhalten geblieben, die sonst recht bald vollem Siechtum verfallen wären. Und umso wirkungsvoller konnte die Heilbehandlung vonstatten gehen, umso weniger die Krankheit der Behandelten vorgeschritten war. In stets zunehmendem Maße und mit wachsendem Erfolge hat die Invalidenversicherung durch die Heilbehandlung den Kampf gegen Volkskrankheiten, in erster Linie gegen die verheerende Lungen-schwindsucht aufgenommen.

Es ist darum erfreulich, daß diesem Zweige der sozialen Fürsorge eine immer größere Sorgfalt zugewandt wird, immer mehr Erkrankte davon erfaßt

werden und die gelblichen Auswendungen für ihn mit jedem Jahre wachsen. Im Jahre 1897 wurden erst 10564 Personen in Heilbehandlung genommen oder auf 10000 Versicherte nur 9; dagegen betrug im Jahre 1909 die Zahl 101158 oder auf 10000 Versicherte 69, mithin eine Zunahme um mehr als das 7 1/2 fache. Die Aufwendungen hierfür betrugen im Jahre 1897 2011149 Mark, im Jahre 1909 aber schon 151217537 M. Hiernach sind die Gesamtkosten in dem angegebenen Zeitraum um mehr als das 12 fache gestiegen. Daß der hohe Wert der Heilbehandlung auch von anderen Versicherungsanstalten und von den Gemeinden erkannt wird, geht u. a. daraus hervor, daß die Erbschaftsgelder, die der Invalidenversicherung von den Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, Gemeinden usw. geleistet wurden, von 179273 M. im Jahre 1897 stiegen auf 27707094 M. im Jahre 1909, also 27 mal höher wurden. Allein 16907514 M. von den Gesamtkosten entfielen auf die Angehörigenunterstützung. Im Jahre 1897 betrugen die Ausgaben hierfür bloß 50254 M.; sie hatten im Jahre 1909 also den 64fachen Betrag der letztgenannten Summe erreicht. Zu diesen Aufwendungen für die eigentliche Heilbehandlung kamen noch Aufwendungen für Kranken- und Invalidenfürsorge besonderer Art. So bedeutende Summen zur Verbesserung der Krankenpflege auf dem Lande, Beihilfen an Frauenvereine, Krankenpflegestationen, Gemeindepflegestellen, Kirchengemeinden, an Krankenfürsorgevereine und Einrichtungen, zusammen im Jahre 1909 1352714 M., davon ein ganz erheblicher Betrag zur Bekämpfung der Lungentuberkulose.

Wenn der Zurückdrängung dieses Bürgengels unter der Arbeiterbevölkerung dienen die Heilbehandlungsbestrebungen der Invalidenversicherung in erster Linie. Von den im Jahre 1909 behandelten Personen wurden nicht weniger als 42,45%, also beinahe die Hälfte aller Behandelten, wegen Lungentuberkulose behandelt. Von diesen Lungentuberkulösen sind 98,35 auf Hundert, also beinahe alle, einer „ständigen“ Heilbehandlung in Krankenhäusern, Genesungshäusern, Heilstätten und Bädern unterworfen worden, während der Rest in den Sprechstunden der Ärzte oder durch sonstige Maßnahmen, wie Gewährung von Arzneien, künstlichen Gliedern, Bahnreisen usw. „nicht ständig“ behandelt wurden. Von 28 verschiedenen Invaliditätsfällen nimmt die Tuberkulose der Lungen bei Männern die dritte, bei Frauen die zweite Stelle ein; mehr als die Hälfte der Personen aus dem Bergbau, dem Hütten-, Industrie- und Bauwesen, die im Alter von 30 Jahren invalide werden, sind Lungentuberkulös, der in dem Alter von 20-24 Jahren sind es sogar bald zwei Drittel. Bei den weiblichen Rentenempfängern ist das Verhältnis insofern noch ungünstiger, als im Alter von 20-24 Jahren zwei Drittel, von 24-29 die Hälfte und von 30-35 Jahren noch 37 vom Hundert an Schwindsucht leiden.

Die Summe der Aufwendungen für die Heilbehandlung lungentuberkulöser Arbeiter ist nicht nur absolut, sondern auch prozentual erheblich in die Höhe gegangen. Im Jahre 1897 betrug der Kostenaufwand für eine behandelte lungentuberkulöse Person 307,29 M., für einen Verpflegungsstag 4,05 M., im Jahre 1909 dagegen 386,05 M. oder für den Verpflegungsstag 5,41 M. Bei den wegen anderer Krankheiten behandelten Personen betrug der Aufwand für eine Person im Jahre 1909 211,41 M., das ist für den Verpflegungsstag 4,58 M. Die erheblichen Mehraufwendungen für tuberkulöse Personen erklären sich in der Hauptsache daher, daß diese kräftigere Kost erhalten und in der Regel auch eine längere Verpflegungsdauer durchmachen müssen.

Besonders erfreulich ist der stets wachsende Erfolg der Heilbehandlung. Das Reichsversicherungsamt hat mit den Versicherungsträgern vereinbart, eine Nachprüfung des Heilverfahrens während fünf aufeinander folgender Kalenderjahre am Schlusse der einzelnen Jahre, das erste Mal am Schlusse des Behandlungsjahres, vorzunehmen. Dadurch soll festgestellt werden, ob die behandelte Person erwerbsunfähig im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes geworden oder gestorben ist. Da ergeben sich dann folgende Ziffern:

Von 100 Behandelten waren noch erwerbsfähig im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes

Table with columns: Jahr, der Behandlung, 1. Jahres, 2. Jahres, 3. Jahres, 4. Jahres. Rows show data from 1897 to 1909.

Wenn die Dauererfolge in den letzten vier bis acht Jahren durchweg besser geworden sind, so ist dies nicht allein auf die sorgfältigere Auswahl des Krankennaterials, sondern auch auf die Ausgestaltung des Heilverfahrens, das an der Hand der gemachten Erfahrungen von Jahr zu Jahr vollkommener geworden ist, zurückzuführen.

Vergleicht man die Erfolge beim Abschluß der Behandlung mit den Erfolgen, die am Schlusse des fünften Beobachtungsjahres noch übrig sind (Enderfolge), so ergibt sich auf Hundert der ständig behandelten Personen folgendes:

Table with columns: Beobachtungsperiode, Anfangserfolg, Enderfolg, Unterschied zwischen Anfangs- und Enderfolg. Rows show data from 1897-1901 to 1905-1909.

Auch hier tritt die Besserung der Enderfolge in den letzten Jahren deutlich hervor.

Der Durchschnitt der Anfangserfolge bei den in den Jahren 1897 bis 1905 ständig Behandelten betrug 76 v. H. Die Erfolge sanken am Schlusse des fünften Beobachtungsjahres, also 1901, 1902 usw. bis 1909 im Durchschnitt um 39 v. H., sodaß ein durchschnittlicher Enderfolg von 37 v. H. verblieb.

Erläuterungsweise nimmt der Erfolg ab in dem Grade, als die Krankheit schon vorgeschritten ist.

Um den Heilerfolg durchgreifender zu gestalten, sind immer mehr Versicherungsträger zur Einrichtung eigener Heilstätten übergegangen. 1909 hatten bereits 27 Versicherungsträger 71 eigene Heilstätten, davon waren 37 nur für lungentuberkulöse Erkrankte eingerichtet; 57 v. H. aller Erkrankten konnten in diesen Häusern untergebracht werden.

Die Arbeiterschaft und jeder sozial Gesinnte kann diese Entwicklung eines der bedeutendsten Zweige unserer sozialen Fürsorge nur begrüßen und ihren ständigen Ausbau wünschen.

Das Einführungsgesetz zur Reichsversicherungsordnung

Ist dem Reichstag vorgelegt worden und kommt am 2. Mai zur ersten Lesung. Der Entwurf umfaßt 91 Artikel. Er enthält Uebergangsbestimmungen, die infolge der Zusammenlegung der auf die Arbeiterversicherung bezüglichen Gesetze notwendig sind. Wird die Reichsversicherungsordnung Gesetz und sind alle Bestimmungen dieses Gesetzes zur Ausführung gelangt, so wird das Einführungsgesetz später hinfällig. Eine Reihe von Gesetzen sind zur Reichsversicherungsordnung einschlägig, bezw. müssen durch ihre Einführung beachtet, zum Teil geändert werden. Es sind hier zu nennen:

Die Gewerbeordnung, das Bürgerliche Gesetzbuch, die Zivilprozessordnung, das Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetz.

Die Größe und Schwierigkeit der Versicherungsgesetzgebung geht auch aus dieser Aufzählung hervor, und würde einleuchten, auch wenn man nicht wüßte, daß die Versicherungsordnung selbst 1800 Paragraphen aufweist.

In der Begründung zum Entwurf eines Einführungsgesetzes wird dargelegt, daß die Änderungen in der Organisation wie im Verfahren, sowie die Erweiterungen der Sozialversicherung nicht auf einmal durchgeführt werden könnten. Die Witwen- und Waisenversicherung sollte möglichst schnell in Kraft gesetzt werden. Im Volltarifgesetz war die Einführung dieser Versicherungsart für 1. Januar 1910 in Aussicht genommen. Es mußte dieser Termin jedoch bis 1. Januar 1912 hinausgeschoben werden, da die nötigen Vorbereitungen sonst nicht getroffen werden können.

Nach den Vorschlägen im Entwurf zum Einführungsgesetz sollen aus der Reichsversicherungsordnung zunächst die Änderungen im Aufbau der Sozialversicherung vorgenommen und die neuen Versicherungsbehörden ausgestaltet oder eingerichtet werden. Sodann soll die Ausdehnung der Krankenversicherung und die Änderung des Verfahrens durchgeführt werden. Bis dahin wird nach den alten Gesetzen verfahren und die nach ihnen erworbenen Ansprüche oder Anwartschaften bleiben erhalten. Ausgeschlossen jedoch wird, daß Fristen mit dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung von neuem zu laufen beginnen.

Im einzelnen ist darauf zu verweisen, daß nach Inkrafttreten des Gesetzes jede Orts-, Betriebs- und Innungskasse um ihre weitere Zulassung nachsuchen muß. Diese Forderung wird gestellt, um prüfen zu können, ob die Kassen auch den Bestimmungen der neuen Versicherungsordnung entsprechen. Leistungen, Verwaltung u. d. d. Kassen kommen hier in Frage. Die nach § 75 a des Krankenversicherungsgesetzes zugelassenen Hilfskassen und die ihnen erteilte Bescheinigung werden nach etwa einem Jahre ungültig. Einem Antrag auf weitere Zulassung als Ersatzkasse wird nur dann stattgegeben, wenn die eingeschriebene Hilfskasse ihn sechs Monate vor dem Ungültigwerden der Bescheinigung stellt.

Das Verhältnis der Kassen zu ihren Angestellten wird durch fünf Artikel geregelt. Danach wird diese Regelung in der Hauptsache den Kassen überlassen. Das Oberversicherungsamt hat zu bestimmen, wie und bis wann die Dienstordnung den sämtlichen Angestellten der Kasse bekannt gemacht werden muß. Der Dienstordnung sollen alle, auch die bei Erlaß derselben vorhandenen Beamten unterstehen; jedoch jene Beamten nicht, die den Dienstvertrag bis zum Inkrafttreten der Dienstordnung kündigen.

Eine sehr einschneidende Bestimmung enthält Artikel 31; dieser lautet:

„Übersteigen die Bezüge eines Angestellten die Sätze, die der Befoldungsplan der Dienstordnung für gleiche oder ähnliche Stellen festsetzt, so sind sie ihm vorbehalten des Rechtes des Kassenvorstandes, zu einem früheren Zeitpunkt zu kündigen, in der vertragsmäßigen Höhe noch bis Ablauf von zwei Jahren nach dem Inkrafttreten der Dienstordnung fortzuschicken.“

Das Versicherungsamt kann jedoch in bestimmten Fällen Ausnahmen gestatten. Noch wichtiger ist Artikel 32:

„Das Oberversicherungsamt kann binnen zwei Jahren nach dem Inkrafttreten der Dienstordnung auf Antrag des Kassenvorstandes oder des Versicherungsamts anordnen, daß einem Angestellten, dessen Fähigkeiten für die ihm übertragene Stelle nicht ausreichen, im Dienst der Kasse eine andere Stelle zugewiesen wird, die seinen Fähigkeiten entspricht.“

Es wird dann weiter bestimmt, daß wenn der betreffende Beamte sich nicht fügt, er binnen Monatsfrist auszuschneiden hat. Doch werden ihm höchstens sechs Monatsbezüge gesichert.

Diese Bestimmung hat offenbar den Zweck, die Favoriten sozialdemokratischer Kassenmachthaber unter Umständen in entsprechende Schranken zu weisen und das sozialdemokratische System der Fernhaltung nicht machender Genossen und Mitläufer von den Beamtenstellen zu unterbinden. Es wird aber fürsorge getroffen werden müssen, daß nicht auf jede Denunziation hin ein Beamter, dessen Fähigkeiten nicht ausreichen, in den Maschen dieser Gesetzesbestimmung gehängt wird.

Die Artikel 35 und folgende handeln von der Unfallversicherung und der Bildung von Berufsgenossenschaften. Bei neu errichteten Berufsgenossenschaften läuft die erste Wahlzeit der Vertreter der Versicherten an demselben Tage ab, an welchem die Wahlzeit bei den schon bestehenden Berufsgenossenschaften abläuft.

Wie bei Einführung der Invalidenversicherung den Versicherten, durch Anrechnung eines Teils ihrer vorherigen Arbeitszeit, eine Vergünstigung gewährt wurde, so wird auch jetzt den neu der Versicherungspflicht unterworfenen Personen eine Vergünstigung zugebilligt. In Artikel 54 wird bestimmt, „Versicherte, die innerhalb der ersten fünf Jahre invalide werden, nachdem die Versicherungspflicht für ihren Berufsweig in Kraft getreten ist, wird auf die Wartezeit angerechnet 1. die Dauer einer Beschäftigung für die vorher schon eine Versicherungspflicht bestand und sofern Beiträge entrichtet worden sind, 2. die Dauer derjenigen Beschäftigung, für welche die Versicherungspflicht jetzt eingeführt wird, jedoch höchstens fünf Jahre der Zeit, die vor Eintritt der Invalidität fällt. Die Anrechnung dieser Zeiten geschieht jedoch nur, wenn nach Inkrafttreten der Versicherungspflicht der Versicherte mindestens 40 Beitragswochen (40 Beitragsmarken) nachweisen kann. Solchen, die beim Inkrafttreten der Versicherung das 40. Lebensjahr vollendet haben, wird auf die Wartezeit für die Altersrente je 40 Wochen für jedes überschüssige Jahr angerechnet.“

Nachdem diese Bestimmungen des Entwurfes genehmigt sein werden, soll eine nähere Erklärung dieser Vorschriften auch an dieser Stelle gegeben werden, damit kein Versicherter zu Schaden kommt. Den Sekretären der Sozialversicherung und der Arbeiterpresse erwachen dann auf diesem Gebiete schwere aber auch dankbare Aufgaben, die sie aber im Interesse der Versicherten voll erfüllen werden. S. P.

Aus der Arbeiterbewegung.

„Das wahre Gesicht der „freien“ Gewerkschaften.“ Dieses Thema kann jederzeit Anspruch auf Aktualität machen, weil noch immer zahlreiche Agitatoren der „freien“ Gewerkschaften mit der Lüge von der parteipolitischen und religiösen Neutralität ihrer Verbände unter der christlich-national gesinnten Arbeiterchaft hausieren gehen und noch immer viele leichtgläubige Leute darauf hereinfallen. Darum hat der Volksverein in M.-Gl. Labbad eine kleine Flugchrift unter obigem Titel herausgegeben, die zum Preise von nur 5 Pfg. (bei Massenbezug billiger) von der Buchhandlung des Gesamtverbandes in Köln zu beziehen ist.

Die Schrift führt in systematischer Anordnung des Materials den Beweis, daß die sogen. „freien“ Gewerkschaften zu allen Zeiten mit der sozialdemokratischen Partei innig verbunden, ihre Rekruten Schulen und auch ihre — Stiefelpoker waren. Die „freien“ Gewerkschaften wurden als sozialdemokratische Organisationen gegründet, sie waren ausgesprochene Agitationsvereine der Sozialdemokratie. Unter dem Sozialistengesetz wurden die „freien“ Gewerkschaften äußerlich umgewandelt in eine Art wirkliche Fachverbände, um unter diesem Deckmantel im Stillen den Gedanken der Sozialdemokratie weiter zu verbreiten und zu vertiefen.

Nach dem Sozialistengesetz setzte eine Periode des Kampfes zwischen sozialdemokratischer Partei und „freie“ Gewerkschaften ein, wobei mit wechselndem Glück bald die Partei, bald die Gewerkschaften unten lagen. Die Parteiwächter begannen, die Gewerkschaften zu bearzählen und zu verächtigen, weil sie dem ganzen Wesen und dem Endziele der Sozialdemokratie, dem Klassenkampfe hinderlich sein sollten. Der Gewerkschaftsbewegung wurden nur Handlangerdienste für die Partei zugestanden, sie wurde mit Spott und Hohn überschüttet. Aber während der Zeit der gewerkschaftlichen „Schönkonjunktur“ der letzten Hälfte der neunziger Jahre schien es, als ob die Gewerkschaften den Kampf um ihre Selbstständigkeit gewinnen sollten. Es waren die Jahre der Scheinneutralität, des Neutralitäts-Mandats, das namentlich der dreh- und wandelbare Otto Hue führte. Als aber endlich von der Partei die Frage gestellt wurde, wer denn eigentlich zu befehlen und wer zu gehorchen habe, da war es auch mit der scheinbaren Selbstständigkeit zu Ende; die Gewerkschaften wurden verprügelt und getreten, bis sie sich in das Parteijoch de- und wehmütig einspannten. Der Parteitag in Mannheim 1906 schaffte die Basis,

Gedanken getragenen Konfessionellen Arbeiterinnenvereinsbewegung. Die konfessionellen Arbeiterinnenvereine müssen die Vorherrschaft der Stützen der gewerkschaftlichen Arbeiterinnenorganisation werden. Eine gesunde, konfessionelle proletarische Frauenbewegung tut uns not, auch im Interesse unserer Gewerkschaften.

Dieser Gedanke klingt auch in einem Artikel wieder, den der Kollege Gasteiger, Redakteur am Münchener "Arbeiter", in der Nr. 12 der Kaufmannschen "Allgemeinen Rundschau" veröffentlicht. Er führt die großen Zahlen der in sozialdemokratischen Organisationen vereinigten Frauen an, die rührigen Arbeiten derselben im Interesse ihrer Partei.

„Das müßte selbst jenen Anlaß zum Gegenstoß geben, die von positiven Motiven unberührt bleiben. Gerade in bezug auf die Frauenbewegung würde sich ein verkehrt angebrachter Konservatismus, der vor den Zahlen die Augen schließt und: die Frau gehört ins Haus! ruft, bitter rächen. Es ist wahrlich schon genug veräußert worden, weil man sich auf unserer Seite viel zu oft Extreme in der radikalen Frauenbewegung zum abschreckenden Beispiel werden ließ und darüber vergaß, daß man auch berechnigte Interessen der Frauen von heute, die in das Erwerbsleben und an die Maschine gestellt wurden, anerkennen, schützen und verteidigen müsse. Dabei darf nicht verschwiegen werden, daß ein nicht unbedeutender Teil besonders unserer kleinen katholischen Presse für die Frauenbewegung im weitesten Sinne höchstens in der „Lustigen Ecke“ ein Plätzchen hat. Damit werden auch die berechtigten Interessen der erwerbstätigen Frauen und Mädchen — ich denke nur an die „Wige“ über Dienstmädchenorganisation — geschädigt. Es ist gar kein Zweifel, daß solche geistlose Spöttereien mehr Frauen in das radikale Lager treiben könnte, als man sich gemeinhin wohl vorzustellen bemüht.“

Da gilt es nun gut zu machen, was gefehlt wurde. Kein Mensch wird einen harmlosen Spott, wie ihn schließlich jeder Stand einmal abbekommt, übel nehmen. Es muß dafür aber auch positiv gearbeitet werden.

Zunächst in der Presse. Wir haben eine Unmasse von Zeitungskorrespondenzen, ständigen und gelegentlichen Korrespondenten. Wenn diese sich bemühen wollten, ihren Blättern ab und zu eine Notiz über christliche Arbeiterbewegung, über katholische Arbeiterinnenvereine oder ähnliche Zweige feministischer Vereinsarbeit zu senden, so wäre damit schon viel erreicht. An solche Artikelchen braucht noch gar nicht einmal eine lange Moralpredigt gehängt zu werden: diese wirkt meist ungemüht wie ein überheizter Ofen. Eine gleichmäßige Wärme in den Blättern für diesen Zweig des Vereinslebens wird aber der Frauenbewegung, besonders auch der Arbeiterinnenbewegung, die man vielfach noch recht wenig versteht, schon sehr viel nützen.

Die zweite Bitte gilt dem Klerus. Keine Vereinsmüdigkeit! Wir dürfen es uns nicht genug sein lassen, die katholischen Arbeitervereine zu einer gewissen (aber lange noch nicht befriedigenden!) Entwicklung gebracht zu haben: Die Arbeiterinnenbewegung ist Neuland. Durch unsere Schuld. Darum heißt es jetzt auf diesem Gebiete mit vermehrter Kraft arbeiten, sozial arbeiten! Und keine limonadenhafte Fünfhücker-Arbeit mit nur caritativem Einschlag, mit vielen Worten, vieler Theorie und wenig Erfolg, weil man den Zusammenhang mit dem lebendigen Objekt nicht recht finden kann. Es kann auch nicht genügen, daß eine Jungfrauenkongregation den Arbeiterinnenverein „erzelen“ will; wohl aber können beide sich ergänzen.

Die dritte Bitte gilt allen sozial interessierten Kreisen, gerade der Arbeiterinnenvereinsbewegung für die Zukunft ihre vollste Aufmerksamkeit zuzuwenden und sie durch Rat und Tat zu unterstützen. Drei Sätze noch zur Begründung: Die Arbeiterinnenvereinsmitglieder von heute sind die Arbeiterfrauen von morgen, die Trägerinnen eines künftigen Geschlechtes. Wenn es uns gelingt, die Mädchen in den Arbeiterinnenvereinen zu gewinnen, so wird die Mutter des Arbeiterkindeß diesem unsere Grundzüge einpflanzen und das Arbeiterkind wird auch, als Mann oder Frau, unserer Sache, unseren Idealen treu bleiben und ihnen in der Bewegung dienen.“

Was Gasteiger hier den Katholiken sagt, gilt in demselben Maße auch für die Anhänger des evangelischen Glaubens.

Die hereingefallene sozialdemokratische Presse und ihre Redakteure. Als Herr Johannes Wolf die „große Aktion“ gegen seinen früheren Verband der Staats-, Gemeinde-, Verkehrs- u. Arbeiter begann, jubelten die sozialdemokratische Presse hell auf; sie hatte einen Helfer gefunden, der gegen die christlichen Gewerkschaften mit gut geschliffener Klinge aufzutreten tüchtig schien.

Viele dieser Zeitungen druckten, mit entsprechenden gefälligen Kommentaren versehen, die in der Wolfbroschüre enthaltenen Beleidigungen nach und zogen sich deswegen eine Klage zu.

Nur wenige sozialdemokratische Gewerkschaftsblätter fielen auf die Geschichte nicht herein und würdigten die Motive, die Wolf zu seinem Vorgehen veranlaßt hatten, in durchaus richtiger Weise.

Was aber müssen die vielen sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsblätter jetzt erleben?

Der Zeitung obengenannten Verbandes ging aus Braunschweig die Nachricht zu, daß Wolf durch eine Mittelsperson von den christlichen Gewerkschaften Braunschweigs 250 M. haben wollte. Dafür wolle er die verflügten sozialdemokratischen Redakteure „gründlich reinlegen“. Der Verbandsleitung erschien diese Nachricht so ungeheuerlich, daß sie vorerst an der Richtigkeit zweifelte und feststellen ließ, an wen sich Wolf gewandt und wie

der Auftrag lautete. Daraufhin erhielt sie folgenden Brief:

Braunschweig, 6. 4. 11.

Ich bestätige hiermit, daß die Aeußerung Wolfs, die christlichen Gewerkschaften möchten ihm 250.— Mark geben, dann würde er die sozialdemokratischen Redakteure gründlich reinlegen, vollständig auf Wahrheit beruht. Ich selbst sollte eventuell nach B. . . gehen, damit derselbe die Vermittlung übernehme. Die Angelegenheit müsse aber bis 29. März erledigt sein. Diese meine Aussage würde ich nötigenfalls auch vor Gericht beedigen. Folgt Unterschrift.

Der Inhalt dieses Briefes spricht Bände. Was sagen aber die jetzt schon „gründlich reingelegten“ sozialdemokratischen Zeitungen und Redakteure dazu?

Gewerkschaften als Wahlmacher. Ein Beschluß der „freien“ Gewerkschaften Stettins, zum Besten des sozialdemokratischen Wahlfonds einen Extrabeitrag von 50 Pfennig von jedem Mitglied zu erheben, findet Nachahmung. Der „Vorwärts“ Nr. 64 vom 16. März 1911 kann schon wieder einen derartigen Beschluß mitteilen: „Sammlungen für den Wahlfonds.“

Die Vorstände der Gewerkschaften und der Parteiorganisation zu Stralsund beschloßen einstimmig, zum Besten des Reichstagswahlfonds einen einmaligen Extrabeitrag von 30 Pfennig, von den Mitgliedern ihrer Organisationen zu erheben. Ein gleicher Beschluß wurde in Bergen auf Hügen gefaßt und steht in Barth in sicherer Aussicht.

Trotz dieses Mißbrauchs der „freien“ Gewerkschaften zu sozialdemokratischen Parteizwecken gibt es noch immer nichtsozialdemokratische Arbeiter, die sich als Mitglieder jener Organisationen für die Bekämpfung ihrer eigenen Ueberzeugung schröpfen lassen.

Gelbe Almosen-Vereine. Der Charakter und Zweck der gelben Werkvereine wird treffend gekennzeichnet in nachstehender, von der „Sozialen Praxis“ (Nr. 26 Jahrg. XX) mitgeteilten Reichsgerichtsentscheidung:

Die Aktiengesellschaft F. S. Hammersen, Baumwollspinnerei und Bundweberei in Danabruß, hatte zugunsten des von ihr im Jahre 1907 gegründeten gelben Werkvereins 25 000 M. der Vereinskasse geschenkt, wofür der Oberzolldirektor in Hannover 5 v. S., also 1250 M. als Schenkungssteuer forderte. Der Verein legte gegen diese Besteuerung Beschwerde ein mit der Begründung, daß die Schenkung als sittliche Pflicht zu betrachten sei und die Firma die Summe in der Erkenntnis hergegeben habe, daß der Verein ohne Beihilfe nicht in der Lage sei, die von ihm verfolgten Ziele zu verwirklichen. Die Schenkung sei mehr als Lohnaufbesserung zu betrachten, weil das Geld den Arbeitern zugute komme. Das Gericht machte geltend, daß die Firma die Schenkung ihres eigenen Vorteils halber gemacht habe, um sich einen abhängigen Arbeiterstamm heranzubilden, unabhängig von christlichen und freien Gewerkschaften, und wies die Klage der Rückgabe der vorbehaltlich eingezahlten Steuersumme ab.

Der „Wohlfahrts“-Charakter der gelben Werkvereine muß also vom Reichsgericht schon verneint werden.

Eine blutrünstige Sprache führt nach den Berichten von Tageszeitungen ein Flugblatt, das von der Filiale des Verbandes „deutscher“ Textilarbeiter Chemnitz anlässlich des Färbekampfes herausgegeben worden ist. In dem Flugblatt heißt es an einer Stelle:

„Ein Meer von Blut und Tränen, ein Gebirge von Arbeiterknochen wird dahingegen, um den goldenen glänzenden Strom in die Taschen der Unternehmer fließen zu lassen. Wenn die Herren, auf dem Divan ruhend, die Zigarette schmauchend, die Dividende des Jahres überschlagen, übersehen sie es, daß die Arbeiterschaft ihnen all diese Werte schafft . . .“

Auf, ihr geknechteten und entrechteten Arbeitsbrüder und Schwestern, lernt kämpfen um eure Rechte!“

Das ist eine Sprache, die nur einem überhitzten Hirn, Haß und Gemütsroheit entquellen sein kann. Derselben Leute aber, die solche blutrünstige Sprache vor den Arbeitern führen, sind kriecherisch zahm, wenn sie vor dem Unternehmer stehen, um ihm einige Pfennige Lohnhöhung abzubetteln. Dann ist der „gierige Löwe“ zum „frommen Lamm“ geworden. Man muß diese Menschen kennen, die den Namen Demagogen wirklich verdienen.

Selbstverschuldete Streikniederlagen, wobei die Arbeiter die Leidtragenden sind, machen den sozialdemokratischen Gewerkschaftsbeamten keine Sorge, wenn nur die sozialdemokratische Partei dabei etwas gewinnt. In Pforzheim erlebten wir durch die Schuld des Bezirksleiters Wochölzer vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband eine schwere Schädigung der Arbeiterinteressen, die dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband auch noch mehr als 500 000 Mark Streikunterstützung gekostet hat. Den Arbeitern brachte diese Bewegung Lohnabzüge, Arbeitslosigkeit und alle die unangenehmen Begleitererscheinungen, die ein absolut verlorener Streik im Gefolge hat. Die Arbeiter sollen nun über dergleichen Situationen hinweggeduldet werden. Zu diesem Zwecke schimpfen die Genossen in ihrer Presse recht kräftig auf die christlichen Gewerkschaften, die so verwegene waren, Mitbestimmungsrecht bei der Einleitung der Bewegung zu verlangen.

Wie notwendig für die Arbeiterinteressen eine weitere Erklarung der christlichen Gewerkschaften und ein damit verbundener Einfluß auf Streiks und Lohnbewegungen ist, zeigt ein neuer Fall von Schädigung der Arbeiterinteressen in Dortmund.

Die Heizer und Maschinisten der „Union“, zum größten Teil organisiert im sozialdemokratischen Heizer- und

Maschinistenverband, leiteten im Herbst 1910 eine Lohnbewegung ein. Der christliche Metallarbeiterverband ersuchte den sozialdemokratischen Maschinistenverband um gemeinsame Behandlung der vorliegenden Wünsche der Arbeiter. Eine Antwort gaben die Genossen auf einen diesbezüglichen Brief vom 30. Dezember nicht. In dem Organ des sozialdemokratischen Verbandes wurde wohl schon in der Nr. 1 recht kräftig geschimpft auf die christlichen Maschinisten. „Zersplitterer“, „strafft sie mit Verachtung“, „sie sind nur Helfershelfer und Handlanger des Unternehmertums“. So schallte es den christlichen Arbeitskollegen entgegen. Am 21. März abends beschloßen die sozialdemokratisch organisierten Maschinisten, am nächsten Morgen unter Kontraktbruch die Arbeit niederzulegen.

Mittlerweile hatte ein sozialdemokratischer Verbandsbeamter, Kronshage aus Dortmund, in einer Versammlung die Kasse aus dem Sack gelassen. Er sagte:

„Wir müssen den christlichen Metallarbeiterverband ausschalten, denn wenn sich die Arbeiter der „Union“ in den freien Gewerkschaften organisieren, dann haben wir dieselben nicht nur gewerkschaftlich, sondern auch politisch.“

Die christlich organisierten Maschinisten lehnten es ab, mit in den Streit zu treten; 1. weil die Genossen ihnen jegliche Mitbestimmung höhnisch versagten, und 2. weil der Streit unter Kontraktbruch erfolgte. Bei der plötzlichen Arbeitsniederlegung erfolgte noch ein Unglück, wobei ein Arbeiter tödlich und zwei schwer verletzt wurden.

Auf die christlichen Metallarbeiter, die den tollen Streit als rechtlose Mitläufer nicht mitmachten, wurde dann in der Sozialistenpresse tüchtig „Streikbrecher“ geschimpft. Wo die wirklichen Streikbrecher sitzen, und wie verfehlt die ganze Streikbewegung war, ist aus den sozialdemokratischen Zeitungen zu ersehen, die über den Ausgang melden: Der Streik ist abgebrochen, die Arbeit mußte wegen Fahnenflucht der Maschinisten bedingungslos wieder aufgenommen werden. Das Schlimmste ist, daß über 100 meist ältere Maschinisten brotlos geworden sind, weil sie nicht wieder eingestellt werden.

So endete die neueste selbstverschuldete Niederlage der Genossen im Metallgewerbe. Auch dieser aussichtslose Putz brachte den beteiligten Arbeitern nur großen Schaden. Der sozialdemokratischen Partei zu Liebe opfert man Arbeiterexistenzen in der gewissenlosesten Weise. Mögen alle Arbeiter daraus lernen, daß nur eine starke christliche Gewerkschaftsbewegung diesen arbeiter-schädigenden Praktiken der Genossen eine zielbewußte und erfolgreiche Standsarbeit entgegensetzen kann.

Sozialdemokratische Arbeiterverräter. Wenn christliche Gewerkschaften — durch das hochmütige und terroristische Verhalten der sozialdemokratischen Verbände dazu gezwungen — bei Lohnbewegungen ihren eigenen Weg gehen und für sich Tarifverträge abschließen, dann schreibt die ganze sozialdemokratische Presse Peter und Mordis über christliche „Arbeiterverräter“, „Unternehmerhandlanger“ und wie die Liebenswürdigkeiten gewöhnlich heißen. Wenn aber sozialdemokratische Verbände wirklichen Arbeiterverrat treiben, wie kürzlich noch die Heizer- und Maschinisten- und Metallarbeiter-Verbände in Eisenburg (Sachsen), dann rührt sich kein Lüftchen im roten Blätterwald. Dafür ein neues drastisches Beispiel.

In den Hamburger Brauereien, wo nur sozialdemokratische Verbände in Frage kommen, hatte der Brauereiarbeiterverband kürzlich eine Tarifbewegung eingeleitet. Da kamen andere sozialdemokratische Verbände, Heizer und Maschinisten, Wärtcher und Transportarbeiter, fielen ihrem roten Bruder in den Rücken und schlossen ohne ihn den Tarifvertrag ab, den Bruder Brauer nur noch ergebenst anerkennen durfte. Ueber diesen „brüderlichen“ Streich sind die sozialdemokratischen Brauer ganz aus dem Häuschen geraten. In ihrer „Verbandszeitung“ Nr. 7/1911 klagen sie Stein und Bein über eine derartige zukunftsstaatliche Solidarität:

„Die Brauereien, sehend, daß wir auf ihre ungenügenden Zugeständnisse nicht eingehen, daß sie nicht eher Ruhe haben würden, bis sie erheblich weiter entgegenkommen, hatten bei den anderen Verbänden Hilfe gesucht und leider gefunden! Wir hatten nicht mehr nötig, unsere Vermittlungsversuche zu machen, denn andere freie Gewerkschaften hatten hinter unseren Rücken . . . bereits abgeschlossen!!! . . . Die Vertreter der handvoll Maschinisten hatten sogar einer offensündigen Verschlechterung auch für die große Masse der Berufsgenossen zugestimmt, um nur ja ihr Agitationsgeschäft ins Trockene zu bringen!“

Wo bleibt denn hier die Entrüstung der sozialdemokratischen Presse über „Arbeiterverräter“ und „Unternehmerknechte“? Hier handelt es sich um Genossen und — ja Brauer, das ist etwas anders!

Aus unserer Industrie.

Neue brauchbare Webstuhlspider.

In der „Zeitschrift für die gesamte Textilindustrie“ schreibt der Fachschuldirektor A. Wichardt einen kurzen Aufsatz über neue Webstuhlspider, die aus Vulkanfibre hergestellt sind und sich nach den Erfahrungen des Verfassers gut bewährt haben.

Die Spider sind aus mehreren Lagen Vulkanfibre durch Zusammenleimen und Vernieten derselben hergestellt und äußerst exakt gearbeitet. Das Loch für die Spindel ist eingebohrt und der Schlig für den Riemen so angebracht, daß dieser nicht mit der Spindel in Berührung kommen kann, wodurch die Abnutzung des Riemens bedeutend vermindert wird.

An der Stelle, wo die Schützenstange an den Fider antrifft, ist ein Stück Büffelleber eingeseht, das nötigenfalls ausgetauscht werden kann. Die Fider werden in allen Formen und jeder beliebigen Größe für Stühle mit Ober- und Unterdrückung geliefert und haben entweder die bekannte rote oder eine schöne graue Farbe. Die zugehörigen Fiderstapel sind Stahlstangen mit einem Ueberzuge von Vulkanfaser versehen. Auf dieser Spindel bewegt sich der Fider mit gerader Verbläffender Leichtigkeit ohne Schmierung. Hierbei wird die Spindel selbst bei sehr hoher Tourenzahl nicht warm.

Der Vorteil, der darin liegt, daß die Fiderstapel nicht geschmiert zu werden brauchen, wird jedem Fachmann ohne weiteres einleuchten; ganz besonders freudig begrüßt wird dieser Fortschritt in denjenigen Webereien werden, die weiße oder hellbunte Gewebe herstellen; läßt sich doch bei den bisherigen Fidern eine zeitweilige Beschmutzung der Ware auch bei größter Aufmerksamkeit und Reinlichkeit des Webers nicht vermeiden. Hierdurch war man bislang vielfach gezwungen, zur Herstellung solcher empfindlichen Waren Unterdrückstühle zu verwenden, womit, wegen ihres langsameren Laufes, ein Produktionsverlust verbunden ist. Das Schmierzen der Fiderstapel hat aber noch weitere Nachteile im Gefolge. So werden die Schlagriemen, Fangriemen und Presleeder vor der Zeit unbrauchbar, da sie bald vollständig vom Öl durchsetzt und dadurch ganz weich geworden sind. Ferner bildet sich im Schützenkasten aus dem abspritzenden Öl und dem Staub eine schmierige Masse, die den Schützenlauf stark beeinträchtigt und in kurzen Zwischenräumen entfernt werden muß.

Wesentlich ist auch der Nutzen, der darin liegt, daß die neuen Fider keiner Präparation bedürfen, sondern sofort verwendet werden können. Wie unangenehm und zeitraubend ist nicht die Herrichtung der meisten Fider, das Trocknen, Delen, Abtropfenlassen und Ausdrehen derselben. Rund ein Jahr geht darüber hin, bis die Fider für den Gebrauch reif sind, und sollen sie schließlich verwendet werden, so haben sie sich gezogen oder die Löcher sind verquollen usw., so daß der Vorrichter erst bohren und raspeln muß, um den Fider passend zu machen. Demgegenüber passen die neuen Fider stets, es ist genau einer wie der andere und ein Nacharbeiten fällt ganz fort. Die langwierige Herrichtung der Büffelfider hat neben dem dadurch bedingten Geldverlust auch noch den großen Nachteil, daß erst nach langer Frist festgestellt werden kann, ob eine Fiderart sich bewährt oder untauglich ist, was auch der tüchtigste Fachmann nicht immer dem Fider von außen ansehen kann.

Die trockene ölfreie Fiderstapel ist auch ganz besonders bei Wechselstühlen, bei denen bislang schmutzige Stellen im Schuß als unvermeidliches Uebel angesehen wurden, als Universalmittel zur radikalsten Beseitigung dieses Uebelstandes sicher sehr willkommen.

Ein weiterer wesentlicher Vorteil der Vulkanfaserfider gegenüber anderen Fidern ist der ganz bedeutend leichtere Lauf der ersteren, wodurch es möglich wird, bei Ingebrauchnahme derselben den Schlag wesentlich schwächer einzustellen. Hierdurch wird nicht nur der ganze Webstuhl geschont, sondern es wird auch das Ketten- und Schußmaterial bedeutend weniger angefordert. Beim Einbau der neuen Fider empfiehlt es sich, auch die Brems- und Presleeder zu erneuern und hierfür nicht gesettes Leder zu benutzen. Verwendet man gesettes Leder, so macht man zweckmäßig an den Fider eine kurze Schlaufe aus trockenem Leder und befestigt erst hieran den Riemen.

Baumwolle Tientsins.

Bei dem Bestreben, das Monopolrecht der amerikanischen Baumwolle abzuschütteln, kommen den Verarbeitern dieser Spinnmasse alle Berichte gerade recht, aus denen hervorgeht, daß der Anbau von Baumwolle außerhalb der Vereinigten Staaten von Amerika Fortschritte macht. Solche sind nun auch aus Tientsin zu melden. Dort wurden früher nur kleine Mengen Baumwolle gehandelt. Man verarbeitete sie fast nur zu Kattun und Verbandstoffen, weil der Stapel zum Spinnen zu kurz und zu rau war. Je mehr aber seit dem Jahre 1908 die Preise amerikanischer Baumwolle anwogen, desto mehr wandte sich das Interesse anderer Quellen zu, von denen Baumwolle bezogen werden konnte. In China waren die wichtigsten Märkte Shanghai und Hankow; den größten Teil der dortigen Ware nahm aber Japan an, soweit nicht die Spinnereien in Shanghai sie selbst verbrauchten. Ueberdies war der hohe Preis dieser Baumwolle der Ausfuhr um so hinderlicher als ihre Beschaffenheit sich fortgesetzt verschlechterte; wenig hoch ihr Gehalt an Wasser auf 20 bis 25% im Durchschnitt!

Dagegen hob sich die Güte der Baumwolle Tientsins nach und nach. Die Pfänder pflanzten sie besser und reinigten sie besser, als früher, indem sie sie jüngerer Reifezeit bedienten. Infolgedessen wandte sich der Baumwoll-Tientsins mehr Interesse zu, um so mehr, als die Ernte des Jahres 1908 an Menge und Güte ungewöhnlich günstig ausfiel. Sie ließ die wichtigsten Vorzüge dieser Ware (geringer Gehalt an Wasser, weiße Farbe und Gleichmäßigkeit) besonders deutlich hervortreten. So fand denn diese Ware immer mehr Absatz, da noch dazu die heimischen Spinnereien sich auf die Verarbeitung kurzstapeliger einrichteten. Die gewaltig insorgende die Ausfuhr von Baumwolle aus Tientsin an sich, im letzten folgende Zahlen: Im Jahre 1905 11.649 Pfd., im Jahre 1906 18.887 Tons, 1906 10.634 (212.680), 1907 7933 (150.727), 1908 3824 (68.832), 1909 25.128 (439.740), 1910 145.627 (2.600.000) Pfd.; also macht die Steigerung seit dem Jahre 1905 3705

Prozent aus! In den ersten fünf Wochen des Jahres 1911 sind auch schon rund 50000 Pfd. zur Ausfuhr gelangt, und man erwartet, daß mindestens ebensoviel aus der vorigen Ernte bis zum Schluß dieser Geschäftszeit hinzukommen werden. Da der Anbau neuerdings erheblich ausgedehnt wird, ist für die kommende Geschäftszeit auf noch größere Mengen Baumwolle dort zu rechnen, so daß die Ausfuhr des Jahres 1911 die des Vorjahres wohl bedeutend übertreffen würde.

Der größte Teil der Baumwolle Tientsins nimmt aber seinen Weg nach dem europäischen Festland, vor allem nach Deutschland; namentlich die Spinnereien des Königreichs Sachsen verarbeiten große Mengen davon; aber auch in Rheinland-Westfalen ist dieser Rohstoff beliebt. Abnehmer sind ferner Rußland, Oberitalien, Desterreich und Frankreich. Die englischen Spinner kaufen nur, wenn sie besonders billig ankommen können; sie können eben chinesische Baumwolle nicht durchweg verwenden. Die vereinigten Staaten von Amerika und Japan sind ebenfalls Käufer von Tientsiner Baumwolle. Nur wenige Spinner (deren Spindeln darauf eingerichtet wurden) verarbeiten Tientsiner Baumwolle ohne Beimischung, die meisten vermengen sie mit besserer Baumwolle anderer Herkunft. Ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderer, langstapeliger Baumwolle hängt von ihrem Preise ab und von dem der Abfälle, welche infolge des kurzen Stapels umfangreicher sind, als bei anderer Baumwolle. Manche Verarbeiter vermischen Tientsiner Baumwolle wegen ihres kurzen, rauhen Stapels mit Wolle; besonders ist das in Amerika der Fall.

Internationale Baumwollstatistik.

Der Internationale Verband der Baumwollspinner- und Webereivereinigungen veröffentlicht jetzt seine bekannte Statistik zum 1. März. Die folgende Zusammenstellung, die wir der „Köln. Ztg.“ entnehmen, umfaßt neben der abgeschätzten Gesamtzahl der Spindeln in der Welt, verteilt auf die einzelnen Länder, die Zahl der Spindeln, von denen Berichte vorliegen, und die Bestände an Rohbaumwolle in Ballen auf den berichtenden Spinnereien in ihrer Gesamtheit, sowie die an amerikanischer und indischer Baumwolle; bei den Angaben über die Baumwollbestände überhaupt, sowie über die an amerikanischer Baumwolle sind die entsprechenden Ziffern vom 31. August des Vorjahres hinzugefügt. Es ergibt sich demnach folgendes Bild:

	Spindelzahl überh. 1. März 1911	Berichtende Spindeln 1. März 1911	Spinnervorräte amerikanische 1. März 1911	Spinnervorräte indische 1. März 1911
England	58859247	48688661	260845	128285
Ver. Staaten	28500000	28500000	1525000	518000
Deutschland	10299597	10045369	182858	112615
Rußland	8600000	6751369	97715	87784
Frankreich	7290000	6978867	100998	64274
Indien	6195671	4291679	1669	1734
Desterreich	4686433	4286692	94083	49559
Italien	4215000	3855750	91936	44246
Japan	2095280	1850896	43387	29400
Spanien	1853100	1712640	42300	33484
Schweiz	1485454	1307664	10579	5973
Belgien	1322075	1322075	33307	9975
Kanada	855293	620005	44051	8592
Nordische Länd.	688780	577801	18479	9474
Portugal	475696	28740	4560	5175
Holland	465246	465246	6521	5575
Andere Staaten	2804000	675051	762	9681
Insgesamt 1911	135596724	122226091	2565500	1077767
1910	133421004	119154411	2753714	1123826
1909	130795927	113752697	3044644	1887600
1908	—	—	1558367	1543663

Bei den Angaben über die Ver. Staaten ist zu bemerken, daß die Ziffern betreffend die Bestände auf den Spinnereien vom Zensusbureau in Washington stammen; die 1525000 B. stellen demnach Ballen von je 500 Pfd. engl. dar. 135000 B. fremder Baumwolle wurden seit dem 1. September 1910 in die Ver. Staaten eingeführt. Das Zensusbureau berechnet bekanntlich den amerikanischen Verbrauch für die Zeit vom 1. September 1910 bis Ende Februar dieses Jahres auf 2401000 B. (i. B. 2527000 B.). Die ermittelten Gesamtbestände für Rußland mit 454587 B. enthalten 334944 B. russische und persische Baumwolle, den Ballen im Durchschnitt mit 270-290 Pfd. gerechnet. Aus Rußland-Polen lagen Berichte von 725598 Spindeln vor, deren Bestände 20805 B. amerikanische, 2957 B. ostindische, 2358 B. ägyptische und 25322 B. Baumwolle verschiedener Herkunft umfaßten. In den angeführten russischen Spindeln zählen auch die von Simland, das über 202872 Spindeln berichtete, die am 1. März über 3973 B. amerikanische, 154 B. ostindische, 18 B. englische und 5 B. Baumwolle anderer Herkunft verfügten. Unter den „anderen Ländern“ sind Brasilien und Mexiko angegeben. Brasilien meldete 414273 Spindeln und einen Vorrat von 45057 B. brasilianischer Baumwolle an, während für Mexiko von 675051 Spindeln Berichte vorliegen, die am 1. März 762 B. amerikanische, 230 B. ägyptische und 15276 B. mexikanische Baumwolle im Bestande hatten. Die in der obigen Statistik als berichtende Spindeln angeführte Spindelzahl ist gegenwärtig in Betrieb. In der Aufstellung begriffen waren nach den vorliegenden Berichten am 1. März d. J. insgesamt 1985029 (i. B. 2280923); davon kamen auf England 1145336 (1169116), auf Deutschland 306899 (442220), auf Rußland 138840 (47551), auf Frankreich 129010 (135758), auf Indien 50072 (203732), auf Desterreich 46100 (126882), auf Italien 9512 (52536), auf Japan 64102 (34388) und auf Belgien 55368 (18420). Die Statistik berechnet schließlich noch für die einzelnen Länder auf der Grundlage von je 1000 Spindeln die Spinnerversorgung mit Rohbaumwolle der verschiedenen Art zum 1. März und

fügt dem hinzu den Jahresverbrauch, berechnet auf der selben Grundlage von 1000 Spindeln, im Jahre 1909/10 und in den vier vorhergehenden Jahren. Es ergibt sich demnach für die wichtigsten Länder folgendes Bild: England: Spinnerversorgung 8,20 (i. B. 8,50, 1909 9,72 und 1908 10,94) B., und Jahresverbrauch 63,50 (i. B. 65,82, 1907/08 72,74, 1906/07 80,24 und 1905/06 80,18) B.; Ver. Staaten: Spinnerversorgung 53,51 (59,79, 65,78 und 40,35) B., Jahresverbrauch 166,04 (183,03, 164,30, 190,03 und 194,43) B.; Deutschland: Spinnerversorgung 30,62 (34,51, 40,86 und 49,14) B. und Jahresverbrauch 165,69 (173,64, 181,45, 180,72 und 182,97) B. Frankreich: Spinnerversorgung 23,32 (23,58, 29,95 und 34,45) B. und Jahresverbrauch 133,56 (139,09, 141,17, 139,85 und 139,02) B.

Aus dem Verbandsgebiete.

Zur gefl. Beachtung für die Ortsgruppenvorstände.

Fortwährend gehen uns Briefe, Drucksachen und Geschäftspapiere zu, welche nicht genügend frankiert und deshalb mit Strafporto belegt sind.

Nach den bestehenden Portofögen müssen frankiert werden:

- Briefe bis zu 20 Gramm Gewicht mit 10 Pfg., von 20 „ 250 „ „ 20
- Drucksachen bis zu 50 „ Gramm Gewicht mit 3 Pfg.
- „ „ „ 100 „ „ „ 5 „
- „ „ „ 250 „ „ „ 10 „
- „ „ „ 500 „ „ „ 20 „
- „ „ „ 1000 „ „ „ 30 „
- Geschäftspapiere bis zu 250 „ Gramm Gewicht mit 10 Pfg.
- „ „ „ 500 „ „ „ 20 „
- „ „ „ 1000 „ „ „ 30 „

Sendungen, welche als Drucksache oder Geschäftspapiere verhandelt werden, dürfen nicht verschlossen werden. Eine leicht lösbare Verschnürung oder ein Klammerverschluß ist zulässig.

Quittungsbücher, Mitgliedskarten, Kranken- und Arbeitslosenmeldungen, Quittungen und Abmeldekarten sowie die Vierteljahrsabrechnungen dürfen als Geschäftspapiere, jedoch nicht verschlossen abgeschickt werden. Besondere schriftliche Mitteilungen dürfen diese Sendungen jedoch nicht enthalten.

Verschlossene Sendungen als Drucksache oder Geschäftspapiere gelten als Briefe und müssen dann auch nach den Portofögen für Briefe frankiert werden.

Das höchstzulässige Gewicht für Briefe ist 250 Gramm, für Drucksachen und Geschäftspapiere 1 Kilo = 1000 Gramm. Zur genauen Ermittlung des Gewichtes und Vermeidung von Strafportis sowohl für Briefe, wie auch für Drucksachen und Geschäftspapiere, empfiehlt sich für die große Mehrzahl unserer Ortsgruppen die Anschaffung einer entsprechenden Briefwaage. Der weitaus größte Teil der mit Strafportis belegten Sendungen entfällt auf solche Sendungen, welche als Drucksachen und Geschäftspapiere bezeichnet, als solche frankiert und dann entweder verschlossen abgedandt, oder unverschlossen mit der einen oder anderen schriftlichen Mitteilung versehen sind. In beiden Fällen wird die Sendung als Brief betrachtet und ist die für Drucksachen oder Geschäftspapiere vorgegebene Frankierung nicht ausreichend.

Wir richten deshalb an alle Ortsgruppenvorstände die bringende Bitte, bei allen Sendungen die postalischen Bestimmungen über die Frankierung, das Gewicht, die Beifügung von schriftlichen Mitteilungen und das Verschließen der einzelnen Sendungen genau zu beachten.

Mit kollegialem Gruß!
Die Geschäftsstelle.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreistigkeiten.

Hof (Bayern).

Eine Aussperrung von rund 2000 Textilarbeitern haben die Textilunternehmer in Hof (Bayern) vorgenommen.

Die Aussperrung ist die Folge eines Streiks, den die Arbeiter dreier Betriebe um die Erhaltung des freien Samstag-Nachmittags zu führen gezwungen waren. Die Arbeitgeberpresse stellt es so dar, als ob sie zur Einführung des freien Samstag-Nachmittags lediglich veranlaßt worden seien durch die schlechte Geschäftsllage, dieser also nur als eine vorübergehende Maßnahme zur Einschränkung der Produktion aufzufassen wäre. Der „deutsche“ Textilarbeiterverband jedoch, der an dem Kampfe fast allein beteiligt ist, sagt, daß sei eine Freiführung. Nach der Darstellung seines Organs liegt die Sache so, daß der freie Samstag-Nachmittag in drei Betrieben ohne Rücksicht auf die Produktionseinschränkung infolge einer Vereinbarung zwischen Betriebsleitern und Arbeitern eingeführt worden ist. Als die von dem Unternehmerverbande gestellte Frist der Produktionseinschränkung abgelaufen war, hätten erneut Verhandlungen zwischen Arbeiterauschuss bzw. den beteiligten Frauen und den Betriebsleitungen stattgefunden, als dessen Ergebnis eine endgültige Freigabe des Samstag-Nachmittags zu verzeichnen gewesen wäre. Lediglich infolge der Agitation des „deutschen“ Verbandes für den freien Samstag-Nachmittag in Augsburg und auf Betreiben der Augsburger Textilindustriellen bzw. des Verbandes süddeutscher Textilindustrieller seien die Hofer Unternehmer zu dem Versuche gekommen, den Arbeitern die Vergünstigung und segensreiche Einrichtung zu nehmen.

Man kann unter diesem Gesichtspunkte den Kampf der Arbeiter nur als durchaus berechtigt anerkennen. Sie können sich unmöglich eine bestehende Vergünstigung willkürlich wegnehmen lassen. Der „deutsche“ Verband scheint auch willens zu sein, den Kampf bis zum letzten Punkte durchzuführen, denn wie in einer Versammlung der kämpfenden Arbeiter in Hof der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Simon aus Nürnberg nach Zeitungsberichten gesagt haben soll, bereiten sich die Arbeiter auf einen hartnäckigen Kampf vor, der durchgeklümpelt werden sollte, selbst wenn er ein halbes Jahr und noch länger dauern sollte.

Die organisierten Unternehmer sehen alle Hebel in Bewegung, um den Arbeitern eine Niederlage zu bereiten. Nicht nur sind diesen die Textilbetriebe der organisierten Unternehmer in ganz Deutschland gesperrt auf Grund des Vertragsverhältnisses, das der Verband süddeutscher Textilindustrieller mit der Zentrale der Unternehmerorganisationen des Textilgewerbes Deutschlands abgeschlossen hat, den Kämpfenden soll überhaupt jede Arbeitsgelegenheit in ganz Bayern unterbunden werden. Uns ist nämlich folgendes Rundschreiben auf den Redaktionszettel geslogen:

Verband süddeutscher Textilarbeitgeber.

Mugsburg, den 17. März 1911.

Den Mitgliedsbetrieben des Kartells Bayerischer Arbeitgeberverbände überhandt mit der Bitte um gefl. Beachtung.

Kartell Bayer. Arbeitgeberverbände.

B. B.

In Hof i. Bayern hatten die Baumwollwebereien Laubmann u. Beech, Wanner u. Nürnberg und D. Regensburg, durch die ungünstige geschäftliche Lage veranlaßt, seit einiger Zeit eine Betriebs Einschränkung in der Weise durchgeführt, daß sie an den Vorabenden von Sonn- und Feiertagen den Betrieb bereits mittags schlossen. Die genannten Firmen wollten nunmehr die Arbeit an diesen Tagen nachmittags wieder aufnehmen, stießen hierbei aber auf einen vom Verband deutscher Textilarbeiter organisierten Widerstand ihrer Arbeiter, die eine dauernde Freigabe des Sonabend-Nachmittags fordern und trotz nachdrücklicher Aufforderung sich weigern, die Arbeit an den Nachmittagen der Sonabende, die auch in der Arbeitsordnung vorgeesehen ist, aufzunehmen. In zwei anderen Webereien, welche an den Nachmittagen der Sonabende arbeiten, ist ebenfalls die Forderung gestellt worden, die Nachmittage der Sonabende freizugeben.

Die beteiligte Textilindustrie ist auf absehbare Zeit außerstande, dieser Forderung, welche eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit um zwei Stunden bedeutet, zu entsprehen. Im Hinblick auf die gesetzliche zehnstündige Arbeitszeit der Arbeiterinnen ist es der Textilindustrie nicht möglich, den Ausfall an den anderen Wochentagen einzuholen. Eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit wird schon um diesem willen abgelehnt, weil die gesetzliche Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit erst 1 1/2 Jahr zurückliegt und der Industrie nicht schon wieder neue Opfer in Form eines Produktionsausfalls, Verteuerung der Produktionskosten und einer von den Arbeitern bei jeder Arbeitszeitverkürzung als selbstverständlich betrachteten Lohnerhöhung zugemutet werden können.

Angeichts des Widerstandes der Arbeiter wird es voraussichtlich am nächsten Montag zu einer Schließung der oben genannten drei Webereien kommen.

Der Verband süddeutscher Textilarbeitgeber wird die Hof-Firmen in der Ablehnung der Forderung des freien Sonabend-Nachmittags unterstützen.

An die Industrie ergeht die Bitte, den bedrohten Betrieben sich dadurch solidarisch zu erweisen, daß Arbeiter, welche aus den oben genannten Webereien oder, falls der Kampf eine weitere Ausdehnung erfahren sollte, aus sonstigen Hof-Textilbetrieben kommen, nicht eingestellt werden.

Verband süddeutscher Textilarbeitgeber.

Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe

Bayern z. d. N. Bezirksverband Augsburg.

Hoffentlich wird der Plan der Arbeitgeber zunichte und erringen die Arbeiter einen vollen Sieg.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Augsburg. Der Einladung des Augsburger Bezirkskartells christlicher Gewerkschaften zur Entgegennahme des Referats des Kollegen Stegerwald-Köln hatte am 26. März eine imposante Anzahl von Arbeitern und Arbeiterinnen Folge geleistet, so daß der geräumige Saal des Gasthauses „Zum Mohrentopf“ bis auf den letzten Platz besetzt war. Unter den Anwesenden befand sich auch eine Anzahl von Gegnern, doch verlief die Versammlung ohne jegliche Störung.

Der erste Vorsitzende des Kartellausschusses, Geier, eröffnete die Versammlung mit warmen Begrüßungsworten, er freute die Hoffnungen, die sich an die Gesundung der wirtschaftlichen Lage für die christliche Gewerkschaftsbewegung überhaupt und für die christlichen Gewerkschaften in Augsburg im besonderen knüpften. Das Jahr 1910 habe gezeigt, daß mit dem neuen Aufschwunge der wirtschaftlichen Lage auch ein neuer Frühling für die christlichen Gewerkschaften hereingebrochen sei. Das letzte Jahr habe eine große Anzahl neuer Mitglieder gebracht, so daß die christlichen Gewerkschaften in Augsburg sich jetzt mit 2500 Mitgliedern zeigen können.

Darauf erhielt Generalsekretär Stegerwald das Wort. Er sprach über das Thema: Die christliche Gewerkschaftsbewegung in den Strömungen der Gegenwart und führte, oft von stürmischem Beifall unterbrochen, nach einer kurzen Einleitung über die Arbeiterbewegung in Augsburg und den geschichtlichen Ursprung der Gewerkschaftsbewegung in den verschiedenen Ländern nach einem Bericht der „Neuen Augsburger Zeitung“ aus: Charakteristisch für die deutsche Entwicklung ist der Anschluß an politische Parteien, ein Umstand, der die Wirksamkeit der Gewerkschaftsbewegung sehr abschwächte und eine Klärung des Gewerkschaftsproblems bis in die 90er Jahre hinaufhielt. Bei dieser Richtung nach politischer Kraftentfaltung war natürlich der Einfluß der von materialistischer Weltanschauung getragenen sozialdemokratischen Partei von sehr großer Bedeutung für die erste Hälfte der 90er Jahre ins Leben tretende christliche Gewerkschaftsbewegung. Aber trotz aller Aufseinerhaltung seitens der Sozialisten, trotz der Mißbilligung der faktischen Sachabteilungen und ihrer wenig freundlichen Stellung hat die christliche Gewerkschaftsbewegung stets erfolgreich das Feld behauptet und ist in stetem Wachstum

begriffen. Alle Mittel der Sozialisten, Sprengen der Versammlungen, ihre Versuche, die Christlichen zu tödnen, totzulegen, tottorröhren und jetzt gar totschmeißeln zu wollen, sie alle blieben ohne Erfolg.

Dann freiste der Redner die Presseheben, die sich an die vorjährige Komzeie des Kardinals Fischer anknüpften und widerlegte die Behauptung der Gegner, daß den christlichen Gewerkschaften eine Gnadenfrist bis nach den Reichstagswahlen gewährt worden sei. Jetzt steht, daß von kirchlicher oder politischer Seite auf die christlichen Gewerkschaften nicht der hundertste Teil des Einflusses ausgeübt wird, den die politische Sozialdemokratie auf die „freie“ Gewerkschaftsbewegung ausübt, wobei sie selbst die fröhliche Jugend in ihre Kreise zu ziehen versucht. Daß die christlichen Gewerkschaften die Reichstagswahlen überleben, ja noch in größerer Stärke erleben werden, dafür zeugt ihr stetes Anwachsen und ihre innere Kräftigung. Des weiteren wies der Redner die falsche Behauptung zurück, die jüngsten Bewegungen der christlichen Arbeiter im Ruhrgebiet und in Gausham und Penzberg bedeuteten einen Marsch ins gelbe Lager. Diese Bewegungen zeigten nur, daß sich die Vergarbeiterbewegung nicht von der politischen Sozialdemokratie beeinflussen läßt und daß die gewerkschaftlichen Kämpfe und ihre Taktik nicht von der sozialdemokratischen Parteipresse und von den Anarchisten zu führen und festzustellen sind, sondern von den gewerkschaftlichen Organisationen. Wie jeder anständige Mensch, so hat auch jede anständige Organisation ihre Ehre, die sie sich nicht alles bieten lassen darf. Die christlichen Gewerkschaften dürfen nicht erlahmen im Kampfe gegen die Sozialdemokratie, bis letztere sich einmal einer anständigen Kampfesweise befleißigt hat. Wir haben alle Veranlassung, das gefährliche Spiel, das die Sozialdemokratie mit der Gewerkschaftsbewegung treibt, in stärkerem Maße hervorzuheben, den Treibern derselben größere Aufmerksamkeit zuzuwenden und einmal Streiflichter ins rote Lager zu werfen. Was will die Sozialdemokratie mit ihrem Zukunftsprogramm der deutschen Gewerkschaftsbewegung, die doch eine Gegenwart-Organisation ist? Welche gemaltige Widersprüche finden sich in den sozialdemokratischen Zukunftstheorien und der Praxis im täglichen Leben? Die Kämpfe um die Tarifverträge betrachten sie nur als Mittel zur Erlangung größerer Macht und nicht als eine ganz natürliche Folge unserer heutigen gewerkschaftlichen Ordnung. Wie bezeichnend ist ferner nicht das ewige Mißtrauen sozialdemokratischer Literaten gegenüber den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern?

Sobann beleuchtete der Redner die Stellung der Sozialdemokraten zur Einführung der Arbeitskammern und zur Reichsversicherungsordnung, sowie deren uneheliche Taktik, wie sie sich besonders in Süddeutschland so recht bei Staatsabstimmungen der letzten Landtagsessionen gezeigt hatte. Die Christlichen müssen endlich einmal aufstehen und sich nicht als Amboß behandeln lassen und beweisen, daß die Sozialisten mit ihrer Klassentaktik nicht weit kommen können. Deutschland ist nicht ein Staat wie die Türkei oder Frankreich oder Portugal. Der gesellschaftliche Einfluß der Parteien ist nicht ohne Bedeutung bei den künftigen gewerkschaftlichen Kämpfen. Deutschland hat eine vielfältige Volkswirtschaft, und noch ist die Macht der Ruten nicht überall maßgebend. Mit Phrasen ist den Massen nicht gedient, sondern Aufklärung tut not. Durch nachdrückliche Stärkung unserer Verbände und größere Opferwilligkeit müssen sich die christlichen Gewerkschaften den Platz in der Gesamtheit erobern, der ihnen gebührt, und vor allem die Jugend der Arbeiterschaft für die Ideen des Christentums zu gewinnen suchen. Wir dürfen stolz sein auf unsere bisherigen Erfolge, indem wir in 22 Zentralverbänden 325 000 Mitglieder der Unseren nennen und bei einer Jahreseinnahme von 5 Millionen bereits ein Vermögen von 6 Millionen besitzen und 10 Millionen an Unterstützung gewähren können. Nicht auf die Sieghaftigkeit der Idee, sondern nur auf die gewaltigen Machtmittel sind die Erfolge der Sozialdemokratie zurückzuführen. Darum müssen auch wir christlichen Gewerkschaften uns aufräumen und die Reihen schließen zum Vormarsch der ganzen Linie!

Den fast zehnstündigen programmatischen Ausführungen folgten stürmische Beifallsstürme. Da sich niemand zur Diskussion meldete, sprach Kollege Geier das Schlußwort. Auch die christlichen Gewerkschaften in Augsburg seien nicht auf Kosen gebettet, besonders die „Schwäbische Volkszeitung“ gebe sich die erdenklichste Mühe, die christlichen Gewerkschaften klein zu machen und zu verächtlichen. Besonders zu beherzigen sei die Mahnung des Kollegen Stegerwald, die Agitation immer intensiver zu gestalten. Nach einem begeisterten Hoch auf die christliche Arbeiterbewegung im allgemeinen und die christliche Gewerkschaftsbewegung im besonderen löste sich die Versammlung auf.

Mengbach. Kollegin Franziska Harber sprach hier in einer am 31. März abgehaltenen öffentlichen Textilarbeiter-Versammlung. Die Versammlung war sehr gut besucht. Die Referentin behandelte das Thema „Tagesfragen für unsere Arbeiterinnen“. Daß die Ausführungen der Rednerin verstanden wurden, bewies der Beifall am Schluß des fast einstündigen Vortrags. Kollege Riefer von Lörach gab hierauf noch einige passende Beispiele über das Gehörte und forderte die Anwesenden zum Beitritt in die Organisation auf, worauf sich auch einige Mitglieder anmeldeten. Zur Diskussion sprachen noch zwei auswärtige Mitglieder, wobei immer wieder auf den Nutzen und die Vorteile der Organisation hingewiesen wurde. Möge die neue Sekretärin noch öfters unserer Ortsgruppe einen so genußreichen Abend bereiten können.

M.-Glabach. Namentlich in unserem Orte haben sich die Genossen und auch die Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereiner viel darin zugute getan, durch Schürung konfessioneller Gegenfäße die evangelischen Kollegen unserm Verbands und den christlichen Gewerkschaften überhaupt abippen zu machen. Es war verfehlt Arbeit. Als Sittungsbild schickt uns ein langjähriges Mitglied unseres Verbandes evangelischer Konfession folgende Zuschrift mit der Bitte um Veröffentlichung: „Ich bin vor 10 Jahren aus Schleien, wo ich Mitglied des roten Verbandes war, hier nach M.-Glabach gezogen, bin nach reiflicher Überlegung und Erfahrungen als evangelisches Mitglied hier in den christl. Textilarbeiter-Verband eingetreten. Habe aber während der ganzen Zeit in allen Versammlungen nie ein einziges Wort gehört, was sich gegen meine Konfession richtete. Ich erlaube hiermit öffentlich, daß es mir zur Freude gereicht, wenn ich in den Versammlungen oder Kundgängen als alter Vertrauensmann mit meinen Kollegen verkehren kann.“ Man sieht an dieser Zuschrift, wie die Heze der Gegner von der Arbeiterschaft aufgenommen wird. Sie drängt sich fester um die christlichen Gewerkschaften, die den Grundlag der Interkonfessionalität ihrer Mitgliedschaft stets rein und ehrlich vertreten und gewahrt haben.

Hallstadt. Der sozialdemokratische Textilarbeiterverband hielt am 2. April hier selbst eine öffentliche Versammlung ab.

In der Einladung zu dieser Versammlung wurden in gewohnter Weise die Führer der christlichen Arbeiter verdammt. Um die durch garnichts bewiesenen Verdächtigungen zurückzuweisen, hatten wir an demselben Tage im Gasthause „Zum Lamm“ eine Versammlung angelegt, die überaus stark besucht war. Kollege Wittekind aus Bamberg eröffnete die Versammlung und ging des näheren aus das von den „Genossen“ verbreitete Flugblatt ein. Kollege Rappelt aus Bamberg (Bezirksleiter der christlichen Lederarbeiter) referierte über die Ideale in der christlichen Arbeiterbewegung und erzielte mit seinen klaren und leichtverständlichen Darlegungen einen durchschlagenden Erfolg. An der Aussprache beteiligte sich außer Kollege Wittekind der Präses des kath. Arbeitervereins zu Hallstadt, Herr Benefiziat Klüpfel. Die Versammlung, die ungemein klarend wirkte, nahm zum Schluß folgende Resolution an:

„Die am Sonntag, den 2. April, im Gasthause „Zum weißen Lamm“ in Hallstadt überaus stark besuchte Arbeiterinnen- und Bürgerversammlung spricht den Referenten für ihre klaren und sachlichen Ausführungen den besten Dank aus. Die Versammlung verspricht, mit allem Nachdruck für die Förderung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung einzutreten. Die Versammelten weisen insbesondere die Entstellungen in dem vom sozialdemokratischen Textilarbeiterverband herausgegebene Flugblatt entschieden zurück und sprechen den christlichen Arbeiterführern ihr volles Vertrauen aus.“

Schnau (Baden). Der Schnauer Krankenkassenskonflikt vor dem Forum der Öffentlichkeit. Zu einer wirkungsvollen Demonstration gestaltete sich die am 9. April im „Bier Löwen“ abgehaltene öffentliche Versammlung. Galt es doch, Stellung zu nehmen zu den Ereignissen in den hiesigen Krankenkassen. Mehr als 400 Menschen hatten sich zusammengefunden, um zu protestieren dagegen, daß man ihnen die freie Arztwahl beschränken will. Nach einer kurzen Begrüßungsansprache erteilte der Vorsitzende der Versammlung, Bezirksleiter Rümmele vom christlichen Textilarbeiterverband, dem Gewerkschaftssekretär Kiefer von Lörach das Wort.

Er betonte, daß es sehr bedauerlich sei, daß man innerhalb zweier Jahre zum zweiten Male mit Vorkommissen zu rechnen habe, welche zu ernstem Bedenken Anlaß geben. Hatte man damals seitens der Krankenkassen einem Arzt gekündigt, der das volle Vertrauen der Kassennmitglieder besaß, so haben wir jetzt mit demselben Fall zu rechnen.

Der großherzogl. Bezirksarzt, Herr Dr. Kiefer, hatte den Kassen seine Praxis gekündigt. Die Kassenvorstände mußten daraufhin nichts eiligeres zu tun, als Herrn Dr. Kling ebenfalls zu kündigen. Die „obwaltenden Verhältnisse“ sollen Veranlassung zu dieser Handlung sein. Warum, so fragte Redner, gibt man den Kassennmitgliedern diese „obwaltenden Verhältnisse“ nicht bekannt? Sind es Sachen, die nicht jeder wissen darf? (Starker Beifall.) Eigentümlich ist die Art, wie man in einzelnen Kassen die Kündigung einfäden wollte. In dem Betrieb auf Brand soll man alle Arbeiter in der Fabrik versammelt haben, um ihre Zustimmung zur Kündigung des Herrn Dr. Kling zu erhalten. Als die Versammlung aber gegenteiliger Auffassung war und verlangte, daß man Dr. Kling nicht kündigen und die Kündigung des Bezirksarztes Dr. Kiefer annehmen solle, soll Herr Direktor Fallert erklärt haben: „Ich habe Dr. Kiefer bereits zugesagt“; er erklärte die Versammlung dann einfach für geschlossen. Hierauf soll der Kassenvorstand seine Genehmigung zur Kündigung erteilt haben.

Wenn das zutreffend ist, so ist es in Schnau sehr weit gekommen. Die Arbeiterschaft von Schnau ist wütend und darf sich so was keinesfalls bieten lassen. (Beifall.)

Das Verhalten der Kassenvorstände verdient ebenfalls entschiedene Mißbilligung. Obwohl ihnen nicht unbekannt sein konnte, daß die Mehrzahl der Kassennmitglieder nicht für eine Kündigung des Herrn Dr. Kling ist, geben sie doch ihre Zustimmung dazu. In solchen Fällen haben die Vorstandmitglieder die Verpflichtung, der Stimmung der Kassennmitglieder Rechnung zu tragen und nicht zu handeln, wie es vielleicht einige Herren gerne haben möchten. (Starker Beifall.)

Nachdem Redner die gesetzlichen Befugnisse der Generalversammlung klar erläutert und einige Sätze von der Schnauer Krankenkassen ebenfalls durchgesprochen hatte, meinte er mit der Versammlung, daß Vorkommissen, wie die besprochenen, auf alle Fälle verhütet werden müssen. Dies kann nur geschehen, wenn die Kassenstatuten dahin geändert werden, daß in Zukunft die Generalversammlungen der Kassen sich das Recht vorbehalten, Verträge über Anstellung und Entlassung von Ärzten selbst abzuschließen. Auch soll man die freiwillig eingereichte Kündigung des großherzogl. Bezirksarztes, Herrn Dr. Kiefer, annehmen und dafür sorgen, daß an dessen Stelle ein anderer zweiter Kassenzarzt nach Schnau kommt. Die Kündigung des Herrn Dr. Kling soll man zurücknehmen. (Starker Beifall.) Für die Kassennmitglieder handelt es sich um die freie Arztwahl und deshalb sehen sie sich zur Wehr.

Folgende vom Redner vorgelegte Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die am 9. April im „Bier Löwen“ in Schnau tagende von über 400 Personen besuchte öffentliche Versammlung von Mitgliedern der hiesigen Krankenkassen spricht ihr lebhaftes Bedauern über die Ereignisse in den hiesigen Kassen aus.“

Die Versammelten sind der Ansicht, man solle die Kündigung des Herrn Bezirksarztes Dr. Kiefer, die er freiwillig einreichte, annehmen und bis Ablauf desselben dafür sorgen, daß an dessen Stelle ein anderer Kassenzarzt angestellt wird. Ferner verlangt die Versammlung, daß die seitens der Krankenkassen Herrn Dr. Kling gegenüber ausgesprochene Kündigung von denselben wieder zurückgenommen wird.

Des Weiteren ist die Versammlung der Ansicht, daß infolge der vorgekommenen Ereignisse unbedingt notwendig ist, daß die Kassenstatuten sofort dahin geändert werden müssen, daß betr. Anstellung und Entlassung von Kassenzärzten die Generalversammlungen und nicht allein die Vorstände der Kassen zu beschließen haben.

Mit Entschiedenheit mißbilligt die Versammlung das Verhalten der Kassenvorstände, die entgegen dem Willen der meisten Kassennmitglieder Herrn Dr. Kling die Praxis gekündigt haben.

Die Versammelten wünschen, daß alle Arbeiter und Arbeiterinnen den christlichen Gewerkschaften beitreten und hoffen, daß dieselben den Kassennmitgliedern zu ihrem Rechte verhelfen.“

Als zweiter Redner sprach Bezirksleiter Rümmele. Er betonte besonders, daß die Kassennmitglieder nicht nur finanziell als Beitragszahler interessiert sind, sondern daß es sich um das leibliche Wohl und Weh der gesamten Arbeiter- und Einwohnerchaft von Schnau und Umgebung handelt. Um die Wiederholung solcher Fälle zu verhindern, sei es notwendig, daß die Arbeiter sich eine starke muttergütige Organisation schaffen.

Die Arbeiterschaft zeigte nicht nur durch den starken Besuch der Versammlung, daß sie nicht gewillt ist, sich mit den geschaffenen Zuständen abzufinden, sondern bewies durch den zahlreichen Beitritt zum christlichen Textilarbeiterverband (etwa 50 Aufnahmen wurden gemacht), daß sie mit Hilfe der Organisation solche Zustände beseitigen will. Dadurch ist die schon bestehende Ortsgruppe des christlichen Textilarbeiterverbandes noch bedeutend gestärkt worden.

Thiengen (N.-L.) Einen erfreulichen Fortschritt hatte unsere Ortsgruppe in den letzten Wochen zu verzeichnen. Zunächst war es möglich, unsern Mitgliederstand auf 128 zu erhöhen, eine Zunahme von 43 im 1. Quartal 1911. Infolgedessen gelang es auch, bei der am 4. April stattgefundenen Generalversammlung der Fabrikkrankenkasse „Lauffenmühle“ sämtlich leer werdende Posten (2 Vorstände, 3 Rechnungsprüfer) mit organisierten Kollegen zu besetzen. Es war aber auch eine Freude zu sehen, wie da die Kollegen und Kolleginnen zusammenstanden und mit den alten, traurigen Zuständen gründlich aufräumten. Als ein Kollege, entgegen dem Vorschlag des Direktors, die alten wieder zu wählen, unsere Kollegen vorschlug, da standen sämtliche Arbeiterinnen auf und unterstützten diesen Vorschlag einstimmig. Respekt vor ihnen; sie haben gezeigt, daß es sehr wohl möglich ist, die Verhältnisse zu bessern, wenn nur der feste Wille vorhanden ist. Wenn bei dieser Wahl die Spinner nicht berücksichtigt wurden, so haben sie sich das selber zuzuschreiben. Während die andern Kollegen und Kolleginnen sich vorher versammelten und Vorschläge machten, waren diese Kollegen zu bequem, um zu kommen, und jetzt, da sie zu kurz kommen, spielen sie die Gebrannten und lassen sich von verschiedenen unorganisierten Arbeitern gegen den Verband aufheben. Die Ortsgruppe wird aber deswegen nicht zugrunde gehen, denn: mögen die Blätter im Herbst fallen, Hoffnung bleibt uns noch immer genug. Unseren Mitgliedern aber rufen wir zu: Werbet und agitiert, damit wir noch stärker und mächtiger werden, denn nur dann wird es möglich sein, unsere Verhältnisse zu bessern!

Soziale Rundschau.

Soziale Wahlen. Die Gewerbegerichtswahl in Gerne i. B. endete mit einem Siege der christlichen Gewerkschaften. — In Geldern wurde bei der Vertreterwahl zur Ortskrankenkasse ebenfalls die Liste der christlichen Gewerkschaften gewählt. — Bei den Arbeiterauswahlwahlen der städtischen Betriebe in Köln wurden in 7 Gruppen die Kandidaten der christlichen und ebenfalls in 7 Gruppen die Kandidaten der sozialdemokratischen Gewerkschaften gewählt. Für die christlichen Listen wurden insgesamt 1975, für die sozialdemokratischen 1665 Stimmen abgegeben. Die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“ schwindelt ihre Leser an, daß die christlichen Arbeiter nur 795 Stimmen aufgebracht hätten. Das Resultat der Wahlen ist ihr anscheinend stark auf die Nerven geschlagen. — Bei der Gewerbegerichtswahl in Königsberg entfielen auf die Liste der sozialdemokratischen Gewerkschaften 4963, die Hirsch-Dundersche 194, auf die Liste der christlich-nationalen Arbeiter 478. Es erhielten demnach Beisitzer die sozialdemokratische Liste 36, die Hirsch-Dundersche 1 und die christlich-nationale Liste 3. Bei der Wahl im Jahre 1910 erhielt die Liste der vereinigten christlichen Gewerkschaften, evangelischer und katholischer Arbeiterverein zusammen 327 Stimmen, sie haben also bei dieser Wahl 151 Stimmen mehr erhalten. Die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften haben zwei Stimmen mehr erhalten, mußten aber bei der großen Wahlbeteiligung einen Beisitzer an die Sozialdemokratie abtreten.

Eine Liste nicht empfehlenswerter Hilfskrankenkassen brachte kürzlich unser Bruderorgan, der „Holzarbeiter“, Organ des christlichen Holzarbeiterverbandes, zur Veröffentlichung. Es sind nur solche Kassen aufgeführt, die in dem letzten Jahre in für sie nicht günstiger Weise die Öffentlichkeit beschäftigten. Eine Anzahl der aufgeführten Kassen haben bereits infolge Konkurses oder Liquidation das Zeitliche gesegnet. Deren Leiter tauchen jedoch durchweg an anderen Orten wieder auf, um die Ausbeutung derjenigen, die nicht alle werden können, zu betreiben. Auf Vollständigkeit erhebt die Liste keinerlei Anspruch. Sie zeigt aber auch ohnedies schon, daß das Krankenkassengründen sowohl ein ganz einträgliches Geschäft für die Herren „Direktoren“ ist, als daß es noch immer genug Dummheit gibt, die ihre teuer verdienten Groschen trotz aller Warnungen zweifelhaften Gründungen opfern. Wer allerdings sein Geld los werden will, ohne die Gewissheit zu haben, jemals Krankengeld zu erhalten, der mag in einer der nachstehenden Kassen die Mitgliedschaft erwerben:

- Bautzen: 1. „Deutsche Kranken- und Sterbeversicherungsanstalt“; 2. „Krankenversicherungskasse“.
- Berlin: 3. „Brandenburgische Krankenkasse“; 4. „Holla“; 5. „Volkswahl“; 6. „Germania“; 7. „Allgemeine Volkswahlkassen“; 8. „Victoria“.
- Bischopswerda: 9. „Krankenversicherungskasse für Deutschland“.
- Böhmum: 10. „Rheinisch-Märkische Krankenunterstützungskasse“; 11. „Deutsche Krankenunterstützungskasse“ (früher Werne).
- Breslau: 12. „Futuria“; 13. „Victoria“.
- Buer i. B.: 14. „Deutsche Vaterländische Krankenunterstützungskasse“ (Direktion in Magdeburg).
- Cassel: 15. „Germania“; 16. „Deutsche Kranken- und Unterstützungskasse“.
- Chemnitz: 17. „Allgemeine Kranken-Versicherungskasse“.
- Coblenz: 18. „Südwestdeutsche Kranken- und Sterbeversicherungskasse“.
- Köln: 19. „Rheinische Versicherungs-, Kranken- und Unterstützungs-Zusatzkasse“; 20. „Colonia“; 21. „Alliance“; 22. „Serenitas“; 23. „Rheinische Krankenversicherungskasse“.
- Köln: 24. „Allgemeine Krankenversicherungsgesellschaft“.
- Dorimund: 25. „Vaterländische Krankenversicherungskasse für Deutschland“; 26. „Norddeutsche Privat-Kranken- und Sterbekasse“.

- Eisennach: 27. „Allgemeine deutsche Kranken- und Begräbnisversicherungskasse“.
 - Frankfurt a. M.: 28. „Royal“.
 - Gotha: 29. „Mitteldeutsche Versicherungsanstalt“.
 - Hannover: 30. „Italia“; 31. „Union“; 32. „Stadt- und Provinzial-Kranken- und Sterbekasse“.
 - Heidelberg: 33. „Krankenversicherungsgesellschaft“ (Sitz in Sinsheim-Heidelberg).
 - Hochheide: 34. „Rheinlands Eiche“; 35. „Deutsche Eiche“.
 - Karlsruhe: 36. „Süddeutsche Versicherungsanstalt“; 37. „Germania“.
 - Magdeburg: 38. „Krankenversicherungskasse“; „Deutsche vaterländische Krankenunterstützungs- und Sterbekasse“ (Direktion in Magdeburg, Sitz in Buer i. B.).
 - Mülhausen i. E.: 39. „Elsaß-Lothringische Kranken- und Sterbekasse“.
 - Mülheim-Styrum: 40. „Deutsche Versicherungs- und Unterstützungs-Zusatzkasse“.
 - München: 41. „Bayrische Versicherungsanstalt“; 42. „Fortuna“.
 - Leipzig: 43. „Bürgerliche Krankenversicherungskasse“.
 - Sinsheim: 44. „Krankenversicherungsgesellschaft“ (Sinsheim-Heidelberg).
 - Strasbourg: 45. „Straßburger Versicherungsanstalt“; 46. „Süddeutsche Versicherungsanstalt“.
 - Stuttgart: 47. „Württembergische Privat-Krankenversicherungskasse“; 48. „Allgemeine deutsche Krankenkasse“; 49. „Deutscher Versicherungsverein“.
 - Waren: 50. „Krankenversicherungs- und Sterbekasse“.
 - Werne bei Sangenreder: 51. „Deutsche Krankenunterstützungskasse“ (Sitz jetzt Bochum).
 - Zwickau: 52. „Victoria“.
- Unsere Mitglieder tun gut, sich diese Liste aufzubewahren.

Briefkasten.

Dichter D. R. Einige Sachen sind schön. Wir werden sie bei Gelegenheit bringen. Einige sind jedoch für uns nicht zu gebrauchen und auch nicht gut gelungen. Nächste Nummer auch Artikel.

Redaktionsklub. Für diese Nummer wurde die Redaktion bereits Samstag Mittag geschlossen. Später eingelaufene Zuschriften blieben liegen.

Versammlungskalender.

- Altenberg. 22. April, 11 Uhr, bei Hubert Brandt.
- Barmen. 23. April, 8 1/2 Uhr, bei Merin, Parlamentstr. 1.
- Borghorst. 30. April, 11 Uhr, bei Franz Dwerfeg, Arbeiterinnenversammlung.
- Meusel. 30. April, 11 Uhr, bei Johann Gilmanns, Kleiner Saal oben.
- Rheinfelden. 30. April, 1/2 10 Uhr, bei Döder.
- Rheint. 30. April, 6 Uhr, bei Albert Paffen, Odenkirchnerstraße 35, Generalversammlung.
- Sommerfeld. 27. April, 8 Uhr, in Ertes Restaur., Viehstr.
- Sorau i. L. 25. April, 8 Uhr, im Restaurant zum Weinberg.
- Wass (Hollab). 23. April, 11 1/2 Uhr, bei Arnold Gillgen.
- Winkath. 30. April, nach dem Hochamt, bei Wilhelm Hermans, Generalversammlung.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:

- Jakob Strauch in Lambrecht.
 - Heinrich Reiners in Krefeld.
 - Andreas Künkels in M.-Gladbach.
 - Maria Bapper in Heek.
- Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Das wahre Gesicht der „freien“ (sozialdemokratischen) Gewerkschaften. Dieses kurze 16 Seiten starke Schriftchen ist zum Massenvertrieb geeignet und umfaßt ein reichhaltiges, schlagfertiges Material. Es gilt als Ersatz für die vergriffenen Arbeiterbibliotheksheftchen 1 und 2. Preis pro Stück 5 Pfg. Zu beziehen: Christlicher Gewerkschaftsverlag Köln, Eintrachtstraße-147 oder bei der Zentrale des Verbandes.

Literatur-Verzeichnis. Herausgegeben vom Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften. Dasselbe soll in erster Linie Interessenten orientieren über die bisher von christlicher gewerkschaftlicher Seite erschienenen wichtigen Veröffentlichungen. Zugleich will es eine Einführung vermitteln in Geschichte, Theorie und Praxis der christlichen Gewerkschaften und ihre Stellung zu den verschiedenen einschlägigen Fragen. Zu beziehen vom christlichen Gewerkschaftsverlag oder von der Zentrale des Verbandes. Preis 5 Pfg.

Französisch. — Englisch. — Italienisch. Wir besitzen heutzutage eine enorme Auswahl an Material zum Studium der Sprachen, und ohne ein Urteil über den größeren oder geringeren Wert dieser oder jener Methode abgeben zu wollen, dürfen wir doch dreifach behaupten, daß auch keine ihren Zweck voll und ganz erreicht, wenn nicht der Schüler durch nachherige fortgesetzte Übung seine Kenntnisse zu erweitern sucht.

Vor allem gilt es, den Fortschritt zu bereichern, sich nach und nach an die charakteristischen Wendungen der zu erlernenden Sprache zu gewöhnen und sie sich anzueignen, und eines der besten Mittel zur Erreichung dieses Zweckes ist unbestreitbar das vergleichende Sprachstudium.

Gar mancher junge Mann hat sich in der Schule viel Mühe gegeben, um die Elementarkenntnisse einer oder mehrerer fremden Sprachen zu erwerben, sich dann einem Berufe zugewandt und aus Mangel an geeignetem Übungsstoff die so teuer erworbenen Kenntnisse wieder vergessen. Diefem Uebelstande helfen die Blätter **Le Traducteur, Französisch-Deutsch, The Translator, Englisch-Deutsch, Il Traduttore, Italienisch-Deutsch** ab. — Bezugspreise für jede einzelne Publikation (Porto inbegriffen) jährlich (je 24 Nummern) Fr. 5.—; halbjährliche Probe-Abonnements Fr. 2.50 (Schweiz Fr. 4.— jährlich; Fr. 2.— halbjährlich). Man bestellt ohne Preisermäßigung bei allen Buchhandlungen und Postämtern sowie auch direkt beim Verlag des „Traducteur“, La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

„Berufswahl und Lehrstellenvermittlung.“ Von Dr. Altenrath. Erschienen im Verlage des Volksvereins M.-Gladbach. Zum Preise von 1 Mk. zu beziehen von der Buchhandlung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Köln, Eintrachtstr.

Die Berufswahl als die Sache des einzelnen dürfte in diesen Tagen in den meisten Fällen wohl entschieden sein; aber als Problem, als eine die Allgemeinheit interessierende, das Volksganze und Volkswohl berührende Frage behält sie für die Zukunft erst recht ihre Bedeutung. Und noch viel, recht viel muß geschehen, wenn das Problem der richtigen Berufswahl eine einigermaßen befriedigende Lösung finden soll. Denn der Mangel und Schwierigkeiten, die heute bei der Berufswahl in die Erscheinung treten, sind viele. Während früher dieselbe für gewöhnlich sich im Anschluß an eine gewisse Tradition vollzog, der Junge den Beruf, den er sich aussuchte, meist auch in jahrelanger Ausübung seitens anderer — in der Regel wohl im Elternhause — kennen gelernt hatte, trifft das heute nur noch in wenigen Fällen zu. Ohne Rücksicht auf die körperliche und geistige Befähigung wird vielfach zu irgendeinem Beruf gegriffen, ohne Erwägung auch der Aussichten, welche der jeweilige Beruf bietet. Die Folge davon ist, daß der Zutritt zu den einzelnen Berufen ein recht ungleicher ist. Hier macht sich Ueberfluß an Arbeitskräften bemerkbar, der die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in einem Berufszweig belastet, dort ein fühlbarer Mangel, der eine günstige Entwicklungsmöglichkeit hemmt.

Der größte Mißstand ist aber wohl der, daß gerade zu den ungelerneten Berufen, d. h. zu denjenigen, die keine Ausbildung erfordern, und die demgemäß ein jeder ausüben kann, ein Andrang vorhanden ist, der volkswirtschaftlich durchaus nicht notwendig ist, andererseits aber Schädigungen für die Volkswirtschaft, für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Nation nach sich zieht. Da gilt es nun, den Zustrom der Jugendlichen zu den ungelerneten Berufen einzudämmen, und als ein wesentliches Mittel zu diesem Zweck ist die Organisation der Lehrstellenvermittlung zu nennen. Weniger erfreulich ist nun, wie aus einer Uebersicht über die bisher in dieser Richtung unternommenen Versuche in der oben angegebenen Schrift hervorgeht, daß diese bisher von verhältnismäßig geringem Erfolg begleitet gewesen sind. Aber andererseits sind auch einige, schon mehr Glück verheißende Ansätze da, die Methoden der Vermittlung bis zu einem gewissen Grade bereits geklärt. Und diese Zeichen erblickt der Verfasser vor allem in der bisherigen Tätigkeit der kommunalen Arbeitsnachweise auf dem Gebiete der Lehrstellenvermittlung.

Um der ganzen Frage jedoch eine zielbewußte Förderung angebeihen zu lassen, empfiehlt der Verfasser in den einzelnen Städten besondere Ausschüsse für Berufswahl und Lehrstellenvermittlung einzusetzen, in die besonders geeignete Personen zu delegieren wären. Ein solcher Schritt erscheint uns in der Tat geeignet, die so wichtige Frage der Lehrstellenvermittlung in mehr Fluß zu bringen und die Frage der Berufswahl aus dem Stadium des Problems mehr in das der Praxis hinüberzutragen, zum Segen vor allem auch für unsere heranwachsende Jugend!

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Was veranlaßt die deutsche Arbeiterschaft der christlichen Gewerkschaftsbewegung? — Koloniale Baumwollzucht und Sozialdemokratie. — Die Heilbehandlung in der Invalidenversicherung und ihre Erfolge. — Das Einführungsgefez zur Reichsversicherungsordnung. — Feuilleton: Schon müde? — Spinnermarkt's Einzige. — Aus der Arbeiterbewegung: „Das wahre Gesicht der „freien“ Gewerkschaften.“ — Ehret die Toten! — Die christlichen Gewerkschaften in Köln. — Hirsch-Dundersche Manieren. — Mehr Arbeiterinnenorganisation. — Die hereingefallene sozialdemokratische Presse und ihre Redakteure. — Gewerkschaften als Wahlmacher. — Selbe Menschen, Vereine. — Eine blutrünstige Sprache. — Selbstverschuldete Streikniederlagen. — Sozialdemokratische Arbeitervertreter. — Aus unserer Industrie: Neue brauchbare Webstuhlspicker. — Baumwolle Dientfins. — Internationale Baumwollstatistik. — Aus dem Verbandsgebiete: Zur gest. Beachtung der Ortsgruppenvorstände. — Bohw bewegungen und Arbeitsstreitigkeiten: Hof (Bayern) Berichte aus den Ortsgruppen: Augsburg. — Hirschbach. — M.-Gladbach. — Gallstadt. — Schönau (Baden). — Thiengen (N.-L.) — Soziale Rundschau: Soziale Wahlen. Eine Liste nicht empfehlenswerter Hilfskrankenkassen. — Briefkasten. — Versammlungskalender. — Sterbetafel. — Literarisches.